

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig März 2009 Nr. 137

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**

Mit Sonderbund zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» mit **SKANDALKARTE**

... auf. Die Schweiz rüstet bei...



Abgeworfen wurden die Giftgas-Granaten von Pilatus-Flugzeugen.



Irak/VAE, 2005: Via die Vereinigten Arabischen Emirate will der Bundesrat 180 Schützenpanzer des Typs M-113 in den Irak liefern. Das Geschäft scheitert am Widerstand in der Schweiz.



Libanon, 1978: Die SIG liefert Sturmgewehre des Typs SIG 543 an die Parteien des Bürgerkrieges.



Iran, 1970er Jahre: Kein Land erhält in dieser Zeit mehr Schweizer Waffen als das Regime des Schahs. Kurz darauf übernehmen die radikalen Mullahs die Macht und das Kriegsmaterial.

Saudi-Arabien, 2008: Obwohl es zu weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen kommt, liefert die Schweiz Kleinwaffen an paramilitärische Einheiten.

Saudi-Arabien, 2005: Im Rahmen



**Vollversammlung
der GSoA
am 19. April 2009**

> Programm auf Seite 8
oder auf www.gsoa.ch

**Unterschriftenbögen für Kampfjet-Initiative
jetzt einsenden! > siehe Seite 3**

Editorial

Wir können stolz sein. Extrem stolz, um es deutlich zu sagen. Innerhalb von knapp drei Jahren haben wir rund 300'000 Unterschriften gesammelt und damit drei Volksinitiativen an die Urne gebracht: Die Initiativen «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», «für den Schutz vor Waffengewalt» und «gegen neue Kampfflugzeuge». Neben der GSoA sind die Gewerkschaften und die SVP derzeit wohl die einzigen politischen Kräfte, die zu einer solchen Leistung in der Lage sind. Doch im Gegensatz zu den anderen beiden Organisationen fällt auf: Die GSoA verfügt über ein Budget, welches vergleichbar ist mit demjenigen einer durchschnittlichen Quartierbeiz, und über ähnlich viele bezahlte Stellenprozent wie ein Bahnhofskiosk.

Eine solche Leistung ist nur möglich dank dem unermüdlichen Engagement von Dutzenden von freiwilligen Helferinnen und Helfern und dem aufopfernden Einsatz der GSoA-SekretärInnen. Sie alle sind es, welche Friedenspolitik, Antimilitarismus und Armeekritik zu einem öffentlichen Thema machen. Ihnen allen gebührt an dieser Stelle ein herzlicher Dank!

Dank der Sammelerfolge erwartet uns nun die Erntezeit: Noch diesen Sommer beginnt voraussichtlich die heisse Phase des Abstimmungskampfs um die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Als Vorbereitung auf die Abstimmungskampagne haben wir dieser Zeitung einen Sonderbund zum Thema Waffenexporte beigelegt. Neben einer Weltkarte der grössten Schweizer Exportskandale der letzten Jahre findest Du auf Seite 11 auch Informationen, wie Du Dich am Kampf gegen die Kriegsprofitere beteiligen kannst.

Unsere Gegner werden über Finanzmittel verfügen, welche unsere eigenen um ein Vielfaches übersteigen. Wie viel Erfolg wir haben werden, wird darum in erster Linie vom Engagement und der Entschlossenheit aller Mitglieder und SympathisantInnen der GSoA abhängen. Der geballten Macht des Geldes werden wir unsere Kreativität und die Kraft unserer Argumente entgegensetzen. Wir hoffen, dabei auch auf Deine Hilfe zählen zu können!

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel

Adi Feller und Sebi Dissler



Neue Sekretäre in Zürich

(ch) Carlos Hanimann, der im Sommer des letzten Jahres zum GSoA-Sekretariatsteam in Zürich gestossen war, ist nach dem Abschluss seines Studiums dem Ruf der WOZ gefolgt und hat uns leider nach wenigen Monaten schon wieder verlassen. Die LeserInnen der GSoA-Zitig werden jedoch auch in Zukunft in den Genuss seiner journalistischen Meisterleistungen kommen, denn als Redaktor wird er uns erfreulicherweise erhalten bleiben. Im Zürcher Sekretariat dürfen wir dafür zwei neue Mitarbeiter begrüßen: Adi Feller und Sebi Dissler engagieren sich seit November 2008 mit voller Kraft im GSoA-Team.

Adi (Jahrgang 1983), Brettsportler aus dem schönen Kanton Glarus, studiert an der Uni Zürich Geschichte und ist seit vielen Jahren politisch aktiv, ohne einer Partei anzugehören. Sebi (Jahrgang 1986), der in Wolhusen aufgewachsen ist, heute in Luzern lebt, dort an der Uni Geschichte und Politikwissenschaft studiert und gerne Cordon Bleu isst, ist Mitglied der JUSO. Fünf Monate nach ihrem Stellenantritt gehören unsere beiden neuen Sekretäre bereits zum GSoA-Inventar. Danke für Euren Einsatz!

Ansonsten bleibt in den Sekretariaten vorläufig alles beim Alten: In Bern sind weiterhin Reto Moosmann, Nina Regli und Rahel Ruch anzutreffen; in Zürich neben den beiden Neuen Patrick Angele und Chrigi Hug. Michi Stegmaier gibt zurzeit sein Bestes, um die Initiative gegen neue Kampfjets abzuschliessen. Er wird das Sekretariat danach jedoch auch verlassen, um sich vermehrt seiner Arbeit beim Vorwärts und der Bleiberechtskampagne zu widmen. Wir danken Michi schon jetzt für sein wichtiges Engagement bei der GSoA!

Schweizer Armee gegen Piraten? Nein danke!

(rm) Geht es nach dem Willen des Bundesrates, sollen schon bald bis zu 30 Schweizer Soldaten im Golf von Aden den Kampf gegen die somalischen Piraten aufnehmen. Noch ist es nicht zu spät, diesen sinnlosen Einsatz (siehe auch Seite 7) zu verhindern. Unterzeichne deshalb die Online-Petition «Keine Soldaten nach Somalia!» der GSoA auf www.keinkrieg.ch!

Zu kontroversen Diskussionen wird der Auslandseinsatz, der noch vom Parlament genehmigt werden muss, nicht zuletzt deshalb führen, weil er juristisch auf äusserst wackeligen Beinen steht. Der vom Bundesrat herangezogene Artikel 69 des Militärgesetzes sieht vor, dass Schweizer Truppen zur Unterstützung von «humanitären Hilfeleistungen» ins Ausland geschickt werden können. Mit diesem Paragraphen bezweckten Bundesrat und Parlament ursprünglich etwas ganz anderes als Piratenjagd: «Humanitäre Aktionen sind auf Hilfeleistungen in Katastrophenfällen beschränkt.» steht in der Botschaft zur damaligen Gesetzesrevision. Der Bundesrat wird es schwer haben, damit Kampfeinsätze vor der somalischen Küste zu legitimieren.

Für Ruhm und Ehre der besten Armee der Welt

(ad) Sie existiert! Ueli Maurers erste Tat als VBS-Vorsteher war es, die beste Armee der Welt zu verkünden (siehe auch Seite 5). Ein solches Ereignis muss gefeiert werden. Deshalb ist der Blog www.diebestearmeederwelt.ch entstanden. Damit möchten wir es allen ermöglichen, ihre eigenen Erfahrungen mit dieser Institution zu verarbeiten und anderen mitzuteilen. Ob in Text, Bild, Ton oder Video, wir möchten keine Heldentat der Männchen und Weibchen in Grün verpassen.

Wir wünschen uns, dass vor allem SoldatInnen aus ihrem militärischen Alltag berichten, damit ihre Erfahrungen und Erlebnisse eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Nur so kann gezeigt werden, wie es in der auftragslosen Schweizer Armee tatsächlich zu und her geht. Wer Lust hat zu berichten: Noch heute auf www.diebestearmeederwelt.ch anmelden und mitschreiben. Und mit ein wenig Hilfe ist diese Armee wirklich bald die weltweit beste – nämlich abgeschafft.

AKTION IN SCHWEDEN

739'768 Kronen für Hausfriedensbruch?

Während des Europäischen Sozialforums in Malmö im September 2008 beteiligten sich zwei GSoA-AktivistInnen an einer gewaltfreien Aktion gegen eine schwedische Waffenfirma und wurden dabei verhaftet. Der Waffenkonzern klagt nun auf Schadenersatz in der Höhe von rund 100'000 Schweizer Franken.

Von Tom Cassee, tom@gsa.ch

Mit einer gewaltfreien Aktion protestierten AktivistInnen aus verschiedenen Ländern gegen die schwedische Waffenfirma Aimpoint, welche weltweit führend ist bei der Herstellung von Zielvorrichtungen für Scharfschützen. Diese werden von den USA beispielsweise im Irak und in Afghanistan eingesetzt. Fünf Demonstrierenden gelang es, über den Sicherheitszaun zu klettern und mit einem grossen Transparent darauf hinzuweisen, dass europäische Waffenkonzerne mitschuldig sind am Tod von unschuldigen Personen in völkerrechtswidrigen Kriegen. Die Protestierenden forderten einen unverzüglichen Stopp aller Waffenexporte. Die AntimilitaristInnen wurden verhaftet und nach kurzer Zeit in Gewahrsam wieder freigelassen.

Pflichtverteidigerin: Rekurs gutgeheissen

Anfangs Jahr erhielten die beiden GSoAten und ein Belgier eine Vorladung für die Gerichtsverhandlung in Malmö. Neben dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs fordert Aimpoint Schadenersatz in der Höhe von rund 100'000 Schweizer Franken. Die Waffenfirma macht geltend, dass sie an jenem Tag vorsorglich die Fabrik habe schliessen müssen, um die Angestellten nicht der Kritik der Demonstrierenden auszusetzen. Gleichzeitig sollen die AktivistInnen auch noch für den privaten Sicherheitsdienst der Waffenfirma aufkommen. In erster Instanz verweigerte die schwedische Justiz den Angeklagten eine Pflichtverteidigerin. Mit einem Rekurs konnte dieser Entscheid umgestossen jedoch werden und die drei AktivistInnen werden beim Prozess im Mai die Hilfe einer Pflichtverteidigerin in Anspruch nehmen können. Eine weitere Aktion gegen Aimpoint ist für den Prozesstag in Vorbereitung.

Nach geltendem schwedischem Recht scheint der Vorwurf des Hausfriedensbruchs gerechtfertigt, die Schadenersatzforderung ist jedoch absurd. Es stellt aber schreiendes Unrecht dar, dass Pazifisten vor Gericht geschleppt werden und nicht diejenigen sich verantworten müssen, welche tödliche Waffen herstellen und in Kriegsgebiete exportieren.

KAMPFJET-INITIATIVE

Sportliche Zeitpläne

Einen «sportlichen Zeitplan» verfolgt die Armasuisse laut deren Chef Jakob Baumann bei der Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge. Die wahren SportlerInnen sitzen jedoch bei der GSoA: Nach nur 10 Monaten sind die Unterschriften gegen den unsinnigen Kauf fast beisammen. Von Rahel Ruch, rahel@gsoa.ch

Seit vier Jahren beschäftigt sich die Armasuisse, die Rüstungszentrale des Bundes, mit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen. Dabei durften die Kampffjetfanatiker bei der Armasuisse seit 2007 einen Projektierungskredit von acht Millionen Franken verprassen – nur, um sich einen Kampffjettyp auszuwählen, versteht sich. Die GSoA-Vollversammlung hat vor einem Jahr die Lancierung der Initiative «gegen neue Kampfflugzeuge» beschlossen und einen symbolischen Projektierungskredit für die Initiative von 80 Franken bewilligt. Ohne diesen Kredit auszuschöpfen, wurde im Juni zügig mit der Unterschriftensammlung gegen die unsinnige Beschaffung begonnen – während die Armasuisse weiter vor sich hin plante. Und noch immer plant die Armasuisse, während die GSoA kurz vor der Einreichung ihrer Initiative steht.

Wo steht die Kampffjetbeschaffung heute?

Drei Kampffjettypen wurden im zweiten Halbjahr 2008 von der Armasuisse getestet. Der Abschluss des Evaluationsverfahrens ist auf Mai 2009 vorgesehen. Im Sommer wird dann der Typenentscheid folgen, welchen der Bundesrat auf Antrag des Rüstungschefs fällen wird, so dass im Oktober die Botschaft des

Bundesrats zum Kauf der neuen Kampfflugzeuge vorliegen soll. Anschliessend wird – wie vom Bundesrat mehrfach betont – zuerst die Initiative zur Abstimmung gebracht, bevor die Beschaffung im Parlament diskutiert wird. Wenn wir die Initiative also noch vor dem Sommer einreichen, wird die Abstimmung voraussichtlich im Juni oder im September 2010 stattfinden. Offen bleibt, ob das VBS aus Furcht vor einer Abstimmungsniederlage gegen die GSoA die Beschaffungsgelüste nicht doch im letzten Moment zurückstellt. Denn dem Vernehmen nach gibt es auch im VBS ernst zu nehmende Stimmen, welche der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen keine allzu grosse Priorität beimessen. Im Gegensatz zum offenbar nicht ganz durchdachten Beschaffungsvorhaben steht der gut überlegte Entscheid der GSoA, die Kampffjetbeschaffung mittels einer Initiative zu bekämpfen.

Wo steht die GSoA-Initiative?

Nach der Lancierung der Initiative hat die GSoA schnell sehr viele Unterschriften gesammelt. Im Herbst, als bekannt wurde, dass das zweite GSoA-Projekt, die Kriegsmaterial-Initiative womöglich schon im November 2009 zur Abstimmung kommen könnte, legten wir bei der Unterschriftensammlung gar noch einen Zacken zu. Dadurch können wir ab diesem Frühling Kapazitäten für den anstehenden Abstimmungskampf freimachen. Wenn alles nach unserem sportlichen Plan läuft, sollte die Unterschriftensammlung bis zum Erscheinen dieser Zeitung in den letzten Zügen sein. Geplant ist, die Initiative im Mai einzureichen.

Einige Fragen werden in den nächsten Monaten noch zu reden geben. Beispielsweise die fehlende Transparenz im Beschaffungsverfahren: Obwohl sich im Ausland gezeigt hat, dass durch eine nachträgliche Anpassung des Kriterienkatalogs die Beschaffung von Rüstungsgütern zu hochkorrupten Geschäften wurden, will das VBS diesen nicht öffentlich machen. Einzig die Lärmwerte aus den Tests sollen – auf Druck der Öffentlichkeit – zugänglich gemacht werden.

Wer ist hier sportlich?

VBS und GSoA betonen ihre sportlichen Zeitpläne. Beim VBS bedeutet sportlich: 5 Jahre Vorbereitung, über 8 Millionen Franken Spesen und 40 gut bezahlte Mitarbeitende. Etwas sportlicher ist die GSoA: 10 Monate Sammelphase, einige wenige tausend Franken und fast ausschliesslich Freiwilligenarbeit für das Sammeln der nötigen 100'000 Unterschriften.

Jetzt die Unterschriften gegen Kampffjets einschicken!

Die Unterschriftensammlung für die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» steckt im Endspurt. Deshalb: Schickt **JETZT** alle Unterschriftenbogen, die noch an euren Kühlschränken hängen, unter den Zeitungsbeigen oder wo auch immer liegen an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich. Falls Du noch nicht unterschrieben hast, ist nun auch die letzte Gelegenheit, den Unterschriftenbogen von www.gsoa.ch herunterzuladen. Bitte sendet uns die Bogen auch dann zurück, wenn sie nur teilweise ausgefüllt sind.

Herzlichen Dank!

Einreichung der Initiative zum Schutz gegen Waffengewalt am 23. Februar 2009



SCHUTZ VOR WAFFENGEWALT

Armeewaffen endlich ins Zeughaus. Basta!

Rund 107'000 gültige Unterschriften hat ein Bündnis von rund 70 Organisationen Ende Februar für die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» eingereicht. Zum Gelingen der Unterschriftensammlung hat die GSoA mit mehr als 32'000 Unterschriften einen grossen Beitrag geleistet. Von Patrick Angele, patrick@gsoa.ch

Zwei Tage nach der Einreichung der Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» hat der Bundesrat beschlossen, dass er an der gefährlichen Heimabgabe der Armeewaffe festhalten will. Bereits vorher hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats die sicherheitspolitisch unsinnige Tradition gestützt. Und auch der neue Armeechef, André Blattmann, wird sich kaum für die Verbannung der Armeewaffe ins Zeughaus aussprechen. Bundesrat, Parlament und die Armeespitze verkennen damit die Stimmung in der Schweizer Bevölkerung zur Armeewaffeproblematik. Knapp zwei Drittel sprachen sich im Rahmen einer ETH-Studie dafür aus, dass die Armeewaffe nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden soll. Die Studie stellt klipp und klar fest: «Die

Zustimmung zur Tradition der Heimbewaffnung der Miliz erodiert offensichtlich.»

Waffen sind zu einfach verfügbar

Die Armeewaffen stellen eines der grössten Sicherheitsrisiken in der Schweiz dar. Von den mehr als 2,3 Millionen Feuerwaffen, welche sich heute in Schweizer Haushalten befinden, sind etwa 1,7 Millionen Militärwaffen. Rund 300 Menschen sterben jährlich durch eine Armeewaffe, sei dies durch ein Gewaltverbrechen oder durch Suizid. International vergleichende Studien zeigen, weshalb es in der Schweiz überdurchschnittlich oft zu derartigen Verbrechen, Unfällen und Suiziden kommt: Je einfacher Schusswaffen verfügbar sind, desto häufiger ist der Missbrauch. Das heisst: Um die Schweiz sicherer zu machen, muss die Verfügbarkeit von Waffen reduziert werden. Da der grösste Teil der Waffen in der Schweiz Ordonnanzgewehre und -pistolen sind, muss insbesondere bei diesen Waffen angesetzt werden. Neben der Verbannung der Armeewaffe ins Zeughaus fordert die Initiative weitere Massnahmen, um die Verfügbarkeit von Waffen zu reduzieren, so beispielsweise ein zentrales Waf-

fenregister, ein Bedürfnis- und Fähigkeitsnachweis für den Besitz von Waffen, ein Verbot von besonders gefährlichen Schusswaffen («Pump Actions») sowie vom Bund organisierte Waffeneinsammelaktionen.

Kantone sind fortschrittlicher

Weit fortschrittlicher als der Bund zeigen sich in der Frage des Waffenrechts die Kantone: Zug und Nidwalden führten in den letzten Monaten bereits Einsammelaktionen durch. Allein im Kanton Zug gaben 188 Personen mehr als 360 Waffen ab. Rechnet man dies auf die Schweiz hoch, so wären nur durch eine Einsammelaktion schweizweit rund 25'000 Waffen abgegeben worden.

Im Kanton Genf können Angehörige der Armee ohne Angabe von Gründen ihre Dienstwaffe im Zeughaus hinterlegen. Damit verstösst der Kanton Genf explizit gegen Bundesrecht, denn gemäss geltender nationaler Gesetzgebung darf die Waffe nur aus bestimmten Gründen hinterlegt werden (Wohnsitz im grenznahen Ausland; nachweislich keine sichere Aufbewahrung zu Hause möglich). Auch in weiteren Kantonen, so beispielsweise

se im Kanton Zürich, wurden ähnliche Begehren vom Parlament überwiesen.

Nur die Stimmberechtigten können die Gefahr bannen

In einigen Kantonen wollte man zuerst das Ergebnis der von Samuel Schmid eingesetzten Expertenkommission «Ordonnanzwaffe» abwarten. Doch der Bericht enttäuscht: Entgegen der Ankündigung beschränkt er sich lediglich darauf, verschiedene Varianten (vom Festhalten an der Heimabgabe bis zur Lagerung der Waffe im Zeughaus) zu vergleichen, statt Empfehlungen abzugeben. Die Verfasser dürften wohl kaum vorurteilsfrei an die Problematik herangegangen sein: Bei der Variante «Lagerung der Armeewaffe im Zeughaus» erscheinen die aufgelisteten Umsetzungsprobleme als schier unüberwindbar – ganz im Gegensatz zur Variante «Status quo». Die Weigerung der nationalen Politik, das Waffenrecht endlich zu verschärfen und die Armeewaffe ins Zeughaus zu verbannen, zeigt: Nur die Stimmberechtigten können diese unsinnige Gefahr stoppen. Die Waffen gehören endlich ins Zeughaus. Basta!

KOMPENSATIONSGESCHÄFTE

Von Milch, Käse und «Hafechäs»

Die Bedeutung von Kompensationsgeschäften wird überschätzt. Zu diesem Schluss kam im vergangenen Jahr eine Untersuchung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Doch diese Erkenntnis hindert das VBS nicht daran, weiterhin von der «hohen Beschäftigungswirksamkeit» von Rüstungsprogrammen wie der Kampfjet-Beschaffung zu reden. Von Reto Moosmann, rm@gsoa.ch

Rüstungschef Jakob Baumann bekräftigte Mitte Februar gegenüber der Berner Zeitung, die Schweiz erwarte vom künftigen Produzenten der neuen Kampfjets einen Gegenwert in Form von «hochwertigen Kompensationsgeschäften». Ein Hersteller könne nicht einfach nur versichern, «in der Schweiz Milch und Käse zu kaufen». Baumann will, dass sich die Schweizer Industrie direkt beim Bau der neuen Kampfjets beteiligen kann. Der Rüstungschef ist sich bewusst, dass in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs nur eines hilft,

um die Akzeptanz der neuen Kampfjets in der Bevölkerung zu erhöhen: Das Argument über die Arbeitsplätze, welche durch die Beschaffung in der Schweiz angeblich geschaffen werden.

Noch einen Schritt weiter ging im Oktober 2008 die CVP: Das Rüstungsprogramm 2008 helfe, die Wirtschaft anzukurbeln, so CVP-Nationalrat Urs Hany. Auch die CVP glaubt also an die Mär der Kompensationsgeschäfte. Rüstungsbeschaffungen als wirksame Konjunkturprogramme? So ein «Hafechäs». Dasselbe Geld könnte beispielsweise im Infrastrukturbau viel beschäftigungswirksamer eingesetzt werden.

EFK: «Tiefe Beschäftigungswirksamkeit»

Im September 2007 legte die Eidgenössische Finanzkontrolle EFK ihren Bericht über Kompensationsgeschäfte bei Rüstungsbeschaffungen vor. Fazit: «Die Beschäftigungswirksamkeit der Offsetgeschäfte ist geringer, als in den Botschaften zu den Rüstungspro-

grammen angegeben wird.» Gemäss EFK flossen effektiv nur rund 40 Prozent des Offsetvolumens – und nicht wie angenommen 100 Prozent – in die Schweizer Industrie. Ein vernichtendes Urteil. Doch der Bericht der EFK hindert das VBS nicht daran, weiterhin mit der hohen Beschäftigungswirksamkeit von Rüstungsbeschaffungen um Zustimmung zu werben: In der bundesrätlichen Botschaft zum neusten Rüstungsprogramm gelingt dem VBS gar das Kunststück, aus der massiven Kritik der EFK eine positive Bilanz zu ziehen: «Die EFK hat festgestellt, dass das im Rahmen der Schweizer Beteiligungspolitik generierte Volumen zu Gunsten der Schweizer Industrie volkswirtschaftlich bedeutsam ist.» Renitenz geht's nimmer.

Kooperationsverträge

Auch bei der Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge werden die Kompensationsgeschäfte eine zentrale Rolle spielen – in propagandistischer Hinsicht, versteht sich. Denn die

drei Anbieter sprechen gerne über Kooperationsverträge mit Schweizer Firmen. Dassault hat verlauten lassen, dass die Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Industriekonzern Swisstell verstärkt werde und mit der Firma Condor aus dem jurassischen Courfaivre ein Liefervertrag abgeschlossen wurde. Saab hat mit Rheinmetall Air Defence (ehemals Oerlikon Contraves) einen Kooperationsvertrag ausgehandelt. Und EADS pflegt gute Kontakte zur staatlichen RUAG. Alle drei Anbieter stehen zudem in Verhandlungen mit Universitäten, Fachhochschulen und der ETH in Zürich und in Lausanne über die Vergabe von Forschungsgeldern. Ob all die Kompensationsgeschäfte, die heute angekündigt werden, dann auch tatsächlich abgewickelt würden? Wahrscheinlich nicht, aber das wird dann zumal ja niemanden mehr interessieren.

ASYLGESETZ

Fluchtursachen bekämpfen – Nicht die Flüchtlinge

Mit grosser Enttäuschung hat die GSoA die Ankündigung von Bundesrätin Widmer-Schlumpf zur Kenntnis genommen, in einer erneuten Revision des Asylgesetzes Militärdienstverweigerung und Desertation als Asylgrund ausdrücklich auszuschliessen. Auslöser für diesen erneuten Angriff auf den Flüchtlingsstatus sind die steigende Zahl von Flüchtlingen aus Eritrea sowie ein Grundsatzurteil der Asylrekurskommission ARK (heute Bundesverwaltungsgericht). Von Michael Stegmaier, michi@gsoa.ch

Die ARK hatte entschieden, einem eritreischen Deserteur sei Asyl zu gewähren. Schon Christoph Blocher wollte diesen Gerichtsentcheid kurz vor seiner Abwahl mit einem dringlichen Gesetz wieder rückgängig machen. Diese Suppe brüht Bundesrätin Widmer-Schlumpf nun mit ihrem Vorschlag wieder auf.

Zwar wurde der Flüchtlingsstatus unter dem Vorwand der Bekämpfung des Asylmissbrauchs in den vergangenen Jahren schon mehrfach tüchtig gestutzt. Neu ist aber, dass nun die Fluchtursache selbst kurzerhand zum Asylausschlussgrund wird. Es wird nicht mehr der vermeintliche Asylmissbrauch bekämpft, sondern die Flüchtlinge selbst.

Schweiz als Komplizin

Die Schweizer Regierung macht sich mit diesem Entscheid zur Komplizin von Unrechtsregimes. Gerade im Fall von Eritrea steht ausser Diskussion, dass eine äusserst brutale Regierung am Werk ist, die ohne jeglichen Skrupel gegen die eigene Bevölkerung vorgeht und jede demokratische Regung im Keim erstickt. Frauen und Männer im Alter von 18 bis 40 Jahren können auf unbestimmte Zeit zwangsrekrutiert werden. Ausnahmen aus religiösen oder ethischen Gründen werden nicht toleriert. Wer sich trotzdem weigert,

dem drohen Folter, langjährige Gefängnisstrafen unter widrigsten Bedingungen und in Einzelfällen gar die Todesstrafe. Oft werden die Wehrpflichtigen während ihrer Dienstzeit auch als ZwangsarbeiterInnen für den Strassenbau, administrative Arbeiten in Ministerien oder die Ernte herangezogen. Die Gesetzesrevision trifft aber nicht nur die eritreischen Flüchtlinge. Betroffen sind ebenso türkische Kurden, die sich weigern, sich an militärischen Vergeltungsschlägen gegen die kurdische Zivilbevölkerung zu beteiligen. Die offizielle Schweiz interessieren diese Fakten offenbar nicht. Hauptsache, die Asylzahlen sinken möglichst schnell wieder.

Breites Bündnis gegen Verschärfungen

Als Depositarstaat der Genfer Konventionen hätte die Schweiz eine besondere Verantwortung gegenüber den mutigen Menschen, welche sich weigern, in sinnlosen Kriegen zu töten und zu sterben. Die geplante Asylgesetzrevision steht im eklatanten Widerspruch zur humanitären Tradition der Schweiz. Während die offizielle Schweiz andere Regierungen und diktatorische Regimes aufgrund ihrer kriegerischen Tätigkeit kritisiert, will dieselbe Schweiz Menschen der Folter ausliefern, welche sich an Gewalt und Krieg nicht beteiligen wollen. Gemäss internationalem Recht ist ein Soldat sogar dazu verpflichtet, den Dienst zu

verweigern, wenn er sich an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung beteiligen muss. Nebst der GSoA kritisieren unter anderem auch Amnesty International, die Schweizer Flüchtlingshilfe und Solidarité sans frontières die geplante Asylgesetzrevision scharf. Bis zum 15. April 2009 läuft das Vernehmlassungsverfahren. Danach will der Bundesrat den definitiven Gesetzesentwurf dem Parlament vorlegen.



10'000 Menschen demonstrierten am 10. Januar gegen den Gaza-Krieg

Breit abgestützte Demonstration gegen den Krieg im Gaza-Streifen

(rr) Die blutigen Auseinandersetzungen in Israel und Palästina Ende des letzten Jahres haben uns alle schockiert und entsetzt. Um der Betroffenheit und dem Entsetzen Gehör zu verschaffen, hat sich Anfang Januar ein breites Bündnis zur Vorbereitung einer Friedenskundgebung getroffen. Die GSoA beteiligte sich massgeblich an der Organisation der Demonstration. Am 10. Januar gingen in Bern rund 10'000 Menschen auf die Strasse, um ihre Solidarität mit der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen kundzutun, aber auch, um ihrer Wut und ihrer Trauer Ausdruck zu verleihen. Die Demonstration forderte den sofortigen Stopp aller kriegerischen Handlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten und in Israel, die sofortige Aufhebung der Belagerung des Gaza-Streifens, den Rückzug Israels aus allen besetzten palästinensischen Gebieten und ein klares Engagement der Schweiz für die Einhaltung des Völkerrechts und der Genfer Konventionen. Die Schweiz wurde insbesondere dazu aufgefordert, die militärische Kooperation und die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit mit Israel zu stoppen (siehe auch Seiten 6 und 7).

BFMZ

Beratungsstelle für Militärdienstverweigerung und Zivildienst

Für alle, die Schwierigkeiten mit dem Militärdienst haben, gibt es eine zentrale Anlaufstelle: Die Beratungsstelle für Militärdienstverweigerung und Zivildienst in Zürich (BfMZ). Sie wurde 1981 von PazifistInnen und Dienstverweigerern gegründet und berät jedes Jahr Tausende von Hilfesuchenden in Fragen rund ums Militär. Ein Interview mit dem Stellenleiter Piet Dörflinger.

GSoA: Mit welchen Anliegen kommen die Leute zu euch?

Piet: Die Leute, die zu uns kommen haben vielfältige Anliegen. Fast alle haben irgendwelche Probleme mit ihrer Dienstpflicht. Meist besteht der Wunsch, aus der Armee auszutreten. Die drei grossen Themengruppen sind Zivildienst, Ausmusterung aus gesundheitlichen Gründen und Militärstrafsachen.

GSoA: Wo überall führt ihr Beratungen durch?

Piet: Die BfMZ befindet sich im Ragaz-Haus an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich Wiedikon. Jährlich führt die Stelle ca. 4'500 Beratungen durch. Es kommen aber lange nicht alle Ratsuchenden in Zürich persönlich vorbei. Wir haben eine umfassende Homepage (www.zivildienst.ch) und bieten E-Mailberatung innert 48 Stunden an. Dieses Angebot wird rege benutzt.

Zudem gibt es Telefonberatung von Montag bis Freitag jeweils nachmittags von 14 bis 18 Uhr. Kurzauskünfte werden gratis erteilt, längere Beratungen kosten 25 Franken. Die persönlichen Beratungen finden in der Regel von Montag bis Donnerstag jeweils 18 bis 20 Uhr bei uns statt.

Die BfMZ unterstützt auch ein schweizweites

Beraternetz in Städten, in denen keine Büros vorhanden sind. Dort bieten Berater Termine nach Absprache an. Zurzeit umfasst das Netzwerk Luzern, Wallis, Basel und Olten. Die BfMZ organisiert auch regelmässig öffentliche Informationsanlässe wie zum Beispiel einen monatlichen Zivildienst-Infoabend.

GSoA: Welche Veränderungen bringen die Revision des Zivildienstes und die Abschaffung der Gewissensprüfung für euch, für eure Arbeit?

Piet: Ungefähr ein Drittel unserer Beratungen betreffen das Thema Zivildienst allgemein. Aber nur ein Teil davon betrifft die eigentlichen Zulassungsverfahren. Die Beratungen zur Zulassung machen etwa 13 Prozent unserer gesamten Beratungen aus.

Wir gehen davon aus, dass es durch die vereinfachte Zulassung einerseits mehr Zivildienstinteressierte geben wird und auf der anderen Seite immer mehr Menschen Zivildienst leisten. Diese Gruppe erfährt regelmässig Probleme mit ihren Pflichten als Zivi. Entsprechend erleben wir jetzt schon eine starke Zunahme an Fragen betreffend zu tiefem Erwerbsersatz, Streit mit der Zivildienstbehörde wegen Dienstplanung und ähnlichem.



Piet Dörflinger

GSoA: Welche Themen stehen bei euch zurzeit im Vordergrund?

Piet: Eindeutig Probleme von Zivis mit ihrer Dienstplanung und sehr viele «Notfälle» von Leuten, die wenige Tage vor Militärdienstbeginn realisieren, dass sie nicht hin wollen.

GSoA: Die Beratungsstelle berät nicht nur. Was macht ihr sonst noch?

Piet: Wir können nicht ständig nur Defizite unseres Gesetzgebers auffangen, daher wollen und müssen wir aktiv die schlechten Rahmenbedingungen ändern. Wir gehen davon aus, dass es ein Menschenrecht ist, den Kriegsdienst verweigern zu dürfen. Unser Staat sieht das natürlich anders und bestraft Verweigerer aufs Härteste. Die gesetzliche Möglichkeit ein Zivildienstgesuch einzureichen, gibt es erst seit 1996, ist aber eine wesentliche menschenrechtliche Verbesserung. Um dies zu erreichen, mussten aber zuerst sehr viele Menschen verweigern und teuer dafür bezahlen. Dazu musste eine Unmenge von politischer Arbeit geleistet werden. Die BfMZ betreibt deshalb seit jeher auch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Sie ist zudem Geschäftsstelle des Schweizerischen Zivildienstkomitees und beteiligt sich so zum Beispiel an Vernehmlassungen. Das Komitee war nicht unwesentlich an der Abschaffung der unwürdigen Gewissensprüfung für Zivis beteiligt.

Nebst der politischen Arbeit führt die BfMZ auch Projekte zur besseren Anerkennung des Zivildienstes durch. Beispiele dafür sind die Etablierung der vom Bund getragenen Ausbildung in gewaltfreiem Konflikt-Management für Zivis und ein Pilotprojekt mit Zivis zur Gewaltverminderung im öffentlichen Raum.

WEF-EINSATZ DER ARMEE

Handschellen und ungewollte Schussabgaben

Auch dieses Jahr war die Schweizer Armee am WEF im Einsatz. Mittlerweile ist das schon so zur Gewohnheit geworden, dass nicht mehr über den Einsatz an sich diskutiert wird, sondern nur noch die geleisteten Dienstage bekannt gegeben werden. Von Adi Feller, adi@goa.ch

Die Armee hat sich ihr neues Einsatzgebiet gesichert, so sehr, dass Soldaten standardmässig mit Handschellen anstatt der bisher üblichen Kabelbinder ausgestattet werden sollen. Offiziell soll die Armee nur im rückwärtigen Raum eingesetzt werden, doch in Übungsszenarien (Truppenzeitung «Newsflash» Nr. 4, vom 22.01.09) tauchen DemonstrantInnen zusammen mit sprengstoffbeladenen Lastwagen auf – welche prompt von den Soldaten nicht entdeckt werden. «Realistische Szenarien» mit ein bisschen Einschüchterung und Abwechslung müssen ja sein.

Die wahren Kosten

71'000 Dienstage sowie 214 Flugstunden mit

Helikoptern und 335 Flugstunden mit Flugzeugen wurden für den Einsatz rund um das WEF geleistet. Die Kosten werden zu grossen Teilen auf die normalen WK-Budgets abgewälzt. So werden lediglich rund 2 Millionen Franken an Zusatzkosten für diesen Einsatz offiziell ausgewiesen. Dennoch hält das VBS fest, dass bloss drei Tage «einsatzbezogene Ausbildung» stattfanden. Die restliche Zeit hatte also nichts mit Ausbildung zu tun, sondern bestand in erster Linie aus dem Bewachen von Strommasten und nervtötender Warterei. Zieht man die volkswirtschaftlichen Kosten in Betracht – vor allem den Erwerbsausfall der Armeeangehörigen – so hat der WEF-Einsatz auch dieses Jahr eine zweistellige Millionen-summe gekostet. Ziemlich viel Geld für ziemlich wenig Nutzen.

Keine «gravierenden Zwischenfälle» gab es während des Einsatzes laut Angaben des VBS. Doch eine so genannt «ungewollte Schussabgabe» fand statt – mittlerweile so sehr Alltag in der Schweizer Armee, dass ein Kommentar dazu unnötig ist?

Glosse

Die beste Armee der Welt?

Nichts weniger als die beste Armee der Welt wolle er aufbauen, verkündete Bundesrat Ueli Maurer bei seinem Amtsantritt. Hunderttausende von Schweizer Wehrmännern glaubten bei diesen Worten, nicht recht gehört zu haben: Hatte man ihnen nicht während Jahren eingetrichtert, dass sie bereits ein unersetzliches Glied in der besten Armee seien? Und nun dieses Eingeständnis, dass die Schweizer Armee (noch) nicht die beste Armee der Welt sei, erst dazu gemacht werden müsse? Doch unsere Soldaten können aufatmen. Aufwändige Recherchen der GSoA-Zeitung haben gezeigt, dass die Schweizer Armee schon heute die beste der Welt ist, denn

- keine Armee der Welt hat es bisher auf dem Gebiet der Existenzphilosophie weiter gebracht als die schweizerische und sich dabei immer kreativere Begründungen für die eigene Existenz einfallen lassen. «Existenzsicherung» ist mittlerweile zur offiziellen Hauptaufgabe der Armee geworden.
- keine andere Armee der Welt versteckt ihre Bunker derart raffiniert, dass sie sie selber nicht mehr findet.
- keine Armee der Welt hat mehr Offiziere, die gleichzeitig auch Führungskräfte in international tätigen Grossbanken sind und dort ihre strategische Weitsicht bewiesen.
- keine Armee der Welt hat charakterlich derart einwandfreie Führungskräfte wie die schweizerische, wie der Fall Nef exemplarisch gezeigt hat.
- keine Armee der Welt ist bisher auf die geniale Idee gekommen, im Kriegsfall in erster Linie ihr eigenes Überleben zu sichern und die Zivilbevölkerung als natürliches Hindernis dem Feind entgegenzusetzen («Réduit»).
- keine andere Armee der Welt hat je so viele Skipistenkilometer flachgestampft wie die schweizerische.
- keine Armee der Welt hat mehr «Visionen», «Sicherheitsberichte», «Leitbilder», «Entwicklungskonzepte» und «Berichte über die Überprüfung der Zielsetzungen der Armee» produziert als die Schweizer Armee alleine in den letzten paar Jahren.

Doch es nützt alles nichts. Von der GSoA-Zeitung auf diese Reihe von Qualitätsmerkmalen aufmerksam gemacht, winkt der neue Bundesrat nur ab. Die Armee sei heute in einem derart desolaten Zustand, dass man sich die Frage stellen müsse, ob man für sie noch Steuern einkassieren dürfe (Blick, 8.2.08). Dabei stehe der nächste Kampfeinsatz unmittelbar bevor: Die Verteidigung des Bankgeheimnisses gegen die vereinigten Streitkräfte der USA und der EU.

Die GSoA ahnt also: Die Drucker im VBS werden auch in den nächsten Jahren heiss laufen und Strategiepapiere am Fließband ausspucken. Wer darüber informiert bleiben will, soll regelmässig auf www.diebestearmeederwelt.ch nachschauen.

Stefan Luzi

INSERAT



SCHWEIZ-ISRAEL

Ist militärische Zusammenarbeit unpolitisch?

Zwischen der Schweizer Armee sowie der in der Schweiz ansässigen Rüstungsindustrie einerseits und der israelischen Armee und Rüstungsindustrie andererseits gibt es eine intensive Zusammenarbeit. Ist dies mit der Neutralität und einem humanitären Engagement in der Region vereinbar? Von Adi Feller, adi@gsoa.ch

Im Jahre 2008 besuchten nicht weniger als 16 Delegationen der Schweizer Armee Israel. Für dieses Jahr sind auch bereits 12 Besuche geplant. Daneben gab es immer wieder Besuche israelischer Armeedelegationen in der Schweiz. Was machen solche Delegationen eigentlich? Es sollen dort nur Erfahrungen über bereits an die Schweiz geliefertes militärisches Material ausgetauscht werden, politische Gespräche fänden nicht statt, lässt das VBS verlauten. Also gibt es ein gemütliches Zusammensitzen unter Militärs und die Schweizer Armee profitiert dadurch von Erfahrungen der israelischen Armee aus Kampfeinsätzen. Oder von so genannten «aussergerichtlichen

Hinrichtungen» der israelischen Armee im Gaza-Streifen oder im Libanon, bei denen auch gemeinsam mit der Schweiz entwickelte Aufklärungsdrohnen eingesetzt werden.

Gemeinsame Rüstung

Diese Aufklärungs-Drohnen vom Typ «Ranger» entstanden nach zehnjähriger gemeinsamer Entwicklung zwischen den israelischen Firmen Tadiran und Israeli Aircraft Industries (IAI) auf israelischer Seite sowie Rheinmetall Air Defence (damals noch Oerlikon Contraves) und der bundeseigenen RUAG aus der Schweiz, welche auch zusammen für den Vertrieb zuständig sind. 28 Mio. Franken Forschungsgelder des Bundes flossen in diese Entwicklung. Eine solche Zusammenarbeit der Schweiz mit Israel – wie auch allen anderen Staaten im Nahen Osten – darf es nicht wieder geben. (Eine Zusammenstellung über die skandalösen Exporte an arabische Staaten findet sich im zweiten Bund dieser Zeitung.) Obwohl es laut Tages Anzeiger vom 10. Januar 2009 seit Jahren keine Waffenexporte aus

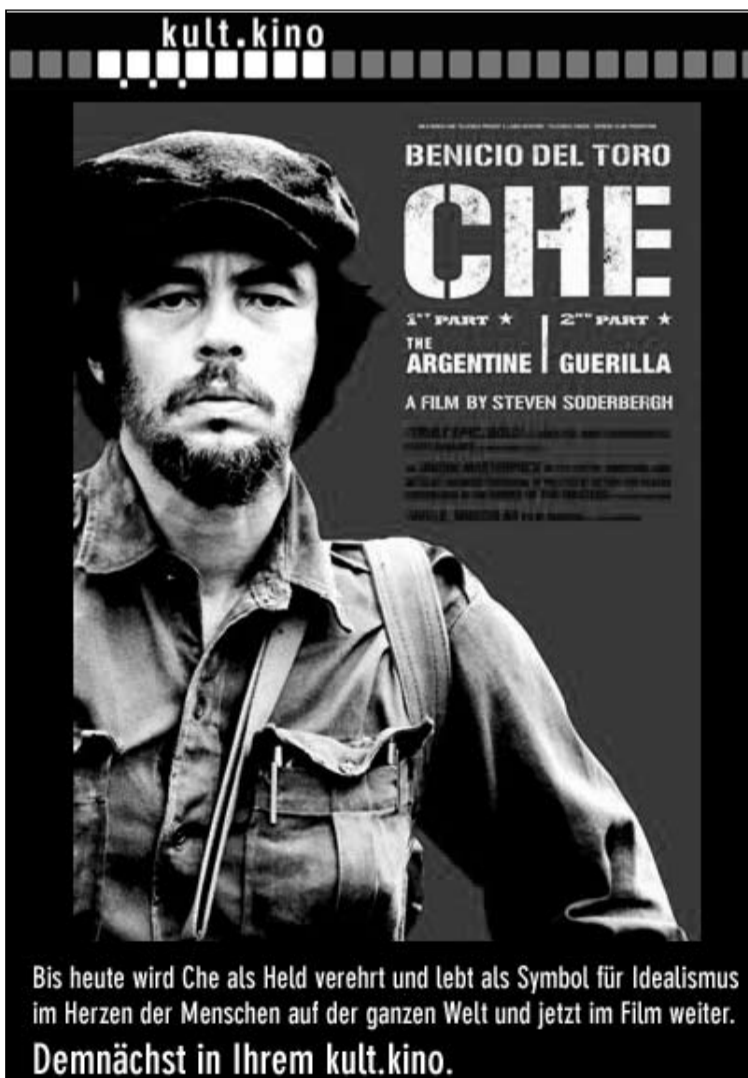
der Schweiz nach Israel gegeben habe und Erwin Bolliger vom SECO im selben Artikel aussagt, dass Exporte von Kriegsmaterial nach Israel momentan nicht bewilligt würden, hat Israel im Jahre 2008 laut dem Bericht zur schweizerischen Kriegsmaterialausfuhr wieder einmal Panzer oder Panzerteile aus der Schweiz erhalten. Vermutlich von der General Dynamics-Tochterfirma MOWAG in Kreuzlingen. Gerade diese Firma arbeitet eng mit dem israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems aus Haifa zusammen, besonders in Bezug auf den «Piranha»-Schützenpanzer. So hat Elbit einen Geschützturm für den Piranha, sowie Wärmesichtgeräte für die Fahrzeuge konstruiert. Und dies alles wurde Ende 2005 in Israel, wie auch in der Schweiz getestet – auf einem Waffentestgelände von Rheinmetall.

Illegaler Waffenhandel

Der Schweizerische Verteidigungsattaché in Rom ist bisher neben Italien auch für Israel, Albanien und Bosnien-Herzegowina zustän-

dig. Im Jahre 2009 soll neu ein Attaché für den Balkan eingeführt werden (für Bosnien und Albanien zuständig), einer in Amman (für Jordanien, Libanon und Syrien) sowie einer in Abu Dhabi (für die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi Arabien). Dadurch wird auch der Attaché für Israel entlastet und kann sich vermehrt seinen Kontakten dort widmen, diese Zusammenarbeit wird also intensiviert. Die Verteidigungsattachés sollen einerseits kontrollieren, dass schweizerisches Kriegsmaterial beim richtigen Empfänger ankommt, andererseits sollen sie Kontakte zwischen der Schweizerischen Rüstungsindustrie und potentiellen Abnehmern vermitteln – eindeutig ein Interessenkonflikt.

Ein ehemaliger israelischer Militärattaché in der Schweiz, Shmuel Avivi, wurde 2007 in Israel wegen illegalen Waffenhandels angeklagt. Er hatte zusammen mit dem Berner Waffenhändler Heinrich Thomet 2004 die israelische Talon Ltd. gegründet, welche offiziell in Albanien vernichtete Waffen illegal in den Irak und nach Afghanistan verschoben haben soll.



kult.kino

BENICIO DEL TORO

CHE

1. PART * 2. PART *

THE ARGENTINE | GUERRILLA

A FILM BY STEVEN SODERBERGH

Bis heute wird Che als Held verehrt und lebt als Symbol für Idealismus im Herzen der Menschen auf der ganzen Welt und jetzt im Film weiter. Demnächst in Ihrem kult.kino.

INSERAT

NORTH ATLANTIC TREATY ORGANISATION

Kein Frieden mit der Nato

Am 3. und 4. April findet in Baden-Baden und Strasbourg das grosse Geburtstags-Treffen der Nato statt. Militärs und Regierungschefs zelebrieren das sechzigjährige Bestehen einer gefährlichen Organisation. Von Tom Cassee, tom@gsoa.ch

Bis zum Ende des Kalten Krieges war der Warschauer Pakt der erklärte Hauptfeind der Nato. Die beiden militärischen Bündnisse lieferten sich ein gefährliches Wettrüsten, das fast zum Atomkrieg geführt hätte.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks löste sich die Nato nicht auf, sondern wandelte sich zu einem eigentlichen Interventionsbündnis zur militärischen Durchsetzung westlicher Interessen.

Expansives Interventionsbündnis

Die Nato vergrössert heute ihren Einfluss weiter Richtung Osteuropa; viele Staaten der ehemaligen Sowjetunion wurden bereits aufgenommen. Mit dem völkerrechtswidrigen Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat die Nato gezeigt, dass sie bereit ist, die Interessen des

Westens militärisch durchzusetzen und ihr wenig an einem starken Völkerrecht gelegen ist. Heute ist die Nato am so genannten «Krieg gegen den Terror» in Afghanistan beteiligt und im Irak mit einer Trainingsmission präsent. Die Nato-Staaten sind für über 70 Prozent der globalen Rüstungsausgaben verantwortlich. Sie rechtfertigen dies mit «präventiver Verteidigung» – also genau dem Konzept, das die USA zur Rechtfertigung des Irak-Kriegs herangezogen haben.

In diese Entwicklung passt auch, dass in Strasbourg ein Konzept für einen atomaren Erstschlag diskutiert wird – ein solcher Angriffskrieg wäre eine offenkundige Verletzung des Völkerrechts.

Durch sechzig Jahre Nato wurde die Welt nicht sicherer, sondern mehrfach an den Abgrund eines Atomkrieges geführt. Der Frieden ist zu wichtig, um ihn den Militärs zu überlassen. Die Nato gehört abgeschafft.

Mehr Informationen zu den Protesten in Strasbourg und Baden-Baden finden sich auf Seite 8 dieser Zeitung.

Nato-Zeitachse

1949 12 Staaten gründen in Washington die Nato: Belgien, Italien, Kanada, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die Vereinigten Staaten.

1955 Westdeutschland tritt der Nato bei; die Sowjetunion und 8 osteuropäische Länder gründen den Warschauer Pakt.

1979 «Nato Doppelbeschluss» und Stationierung von Pershing II Raketen in Europa

1991 Der Warschauer Pakt wird aufgelöst.

1952 Griechenland und die Türkei treten der Nato bei.

1962 Die USA und Grossbritannien einigen sich darauf, einen Teil ihres Atomwaffenarsenals der Nato zu unterstellen.

1982 Spanien tritt der Nato bei.

1992 Die Nato verkündet ihre Bereitschaft, friedenserhaltende Massnahmen in Jugoslawien zu unterstützen.

SOMALIA

Piraten und Soldaten

Der Bundesrat will Schweizer Soldaten zur Bekämpfung der somalischen Piraten einsetzen. Eine gefährliche Idee, die niemandem hilft.

Von Felix Birchler, felix@gsoa.ch

Die Rambo-Abteilung der Schweizer Armee, das so genannte «Armee-Aufklärungsdetachment 10», soll sich an der EU-Operation «EUNavFor Atalanta» beteiligen. Auf deutschen, englischen oder französischen Kriegsschiffen sollen Schweizer Soldaten mitfahren und gegen die Piraten im Golf von Aden kämpfen. Dass die Schweizer Soldaten dabei in kriegerische Handlungen verwickelt werden ist nicht nur eine Möglichkeit, sondern Zweck des Einsatzes.

Die Hintergründe

Allein im Jahr 2008 wurden mehr als hundert Schiffe vor der somalischen Küste angegriffen. Selbst bei insgesamt mehr als 20'000 Handels-

schiffen, die jährlich den Golf von Aden passieren, ist dies eine beachtliche Zahl. Eine der Haupttrouten des globalen Warenaustausches ist nicht mehr sicher. Die Situation in Somalia ist somit auch in den Industriestaaten wieder auf die politische Agenda geraten. Gerade die Vernachlässigung der somalischen Krise durch die globalen politischen Instanzen ist einer der Hauptfaktoren für die aktuelle Ausbreitung der Piraterie.

Spätestens seit 1991 gilt Somalia als ein so genannter «failed state» ohne zentralstaatliche Autorität und funktionierende Kontrollinstanzen. Auch die einheimischen Fischer wurden Opfer dieses Zustandes des Chaos, haben sie doch seit jener Zeit eine übermächtige Konkurrenz erhalten. Immer mehr grosse Fischereiflotten aus Europa und Asien haben die somalischen Küsten zu ihrem Jagdgebiet gemacht. Mit moderner Technik und Treibnetzen haben sie die somalischen Fischgründe leergefischt, weshalb Greenpeace diese industriellen

Fangflotten als «Piratenfischer» bezeichnet. Die Situation für die somalischen Fischer wurde durch die Versenkung von Giftmüll aus den Industrieländern weiter verschlimmert.

Wie die deutsche «Zeit» in einem Artikel vom 27. November 2008 eindrücklich schildert, ist es dieser Verlust der Existenzgrundlage, welche einige somalische Fischer darauf brachte, die grossen Fischtrawler der Konkurrenz zuzugreifen und Zölle, Steuern und Lösegelder zu erpressen. Mittlerweile ist daraus ein eigentlicher Geschäftszweig geworden, dessen Umsatz auf mindestens 50 Millionen Dollar pro Jahr geschätzt wird und dessen Hintermänner nicht nur in Somalia beheimatet sind.

Das Geschäft mit dem Begleitschutz

Wie die amerikanische Zeitschrift «In These Times» in ihrer Februar-Ausgabe berichtete, beschäftigt das Problem der somalischen Piraten inzwischen nicht mehr nur die westlichen Regierungen, sondern wurde offensichtlich auch zu einem möglichen Geschäft für private Sicherheitsfirmen. Laut «In These Times» versucht die berüchtigte amerikanische «Blackwater» seit Oktober 2008 verschiedenen Ree-

dereien ihre Dienste zum Schutz vor Piraten zu verkaufen. Mit über 70 Unternehmen seien Gespräche geführt worden, einen Auftrag konnte Blackwater, welche neuerdings unter dem Namen «Xe» auftritt, aber noch nicht an Land ziehen. Auch die Konkurrenten «HollowPoint Protective Services» und die britische «Hart Security» riechen das Geschäft mit den Piraten und haben entsprechende Angebote in ihren Katalog aufgenommen.

Das Interesse der privaten Sicherheitsfirmen muss pessimistisch stimmen. Offensichtlich gehen sie davon aus, dass das Problem der somalischen Piraten noch lange nicht gelöst werden wird, dass sich ihnen also ein neuer Geschäftszweig eröffnet. Ob nun private Sicherheitsfirmen oder eine EU-Mission die Handelsschiffe begleiten: gelöst wird das Problem dadurch nicht.

Noch kann das Schweizer Parlament den Armeeinsatz abblasen. Gefordert ist von der Schweiz eine echte Aufbauhilfe für Somalia statt militärischen Interventionen. Eine Hilfe, welche auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung eingeht und nicht auf die Wünsche der europäischen Reedereien.

KRIEG IN NAHOST

Neue Etappe in der Spirale der Unmenschlichkeit

Und wieder erlebte die Zivilbevölkerung in Palästina und Israel ein grausames und völkerrechtswidriges Blutvergiessen. Seine tieferen Wurzeln hat der Gaza-Krieg in der Intoleranz und im Rassismus des Westens. Von Tobia Schnebli, tobias@gsoa.ch

Das Blutbad, das über 1300 Tote und 4000 Verletzte auf palästinensischer Seite sowie mehr als ein Dutzend israelische Opfer gefordert hat, ist eine Fortsetzung der Spirale der Gewalt des 20. Jahrhunderts – dem «gewalttätigsten Zeitalter der Menschheitsgeschichte», wie es der Historiker Eric Hobsbawm schon 1994 nannte. Der «permanente, globale Krieg» gegen den Terror, der in Afghanistan und im Irak geführt wird, aber auch im Libanon, im Westjordanland und nun wieder in Gaza, führt weiter, was im Zeitalter des europäischen Kolonialismus begann.

Ein Produkt des europäischen Rassismus

Israel ist gleich auf zwei Arten ein Produkt des Westens: Ein Produkt seines kolonialen Expansionsdrangs, der bis in die ersten Jahrzeh-

te des 20. Jahrhunderts dauerte, und ein Produkt seines Rassismus und Antisemitismus, der im Genozid an den Juden in Europa gipfelte.

Die palästinensische Bevölkerung leidet seit über 60 Jahren unter den Folgen dieses zweifachen europäischen Rassismus. Mit der Operation «gegossenes Blei» zerstörte die israelische Armee ein weiteres Mal jede Perspektive auf Selbstbestimmung für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten.

Die Proteste gegen den Krieg im Nahen Osten, welche auch von der GSoA massgeblich unterstützt wurden (siehe Seite 4), hatten mehrere Ziele: Es ging einerseits darum zu zeigen, dass die Wut gegen diesen neuerlichen Waffengang nicht nur diejenigen Teile der Schweizer Gesellschaft erfasst hat, welche den PalästinenserInnen aufgrund ihrer kulturellen, religiösen oder geografischen Herkunft nahe stehen, sondern dass ein Grossteil der Bevölkerung sich bewusst ist, dass die massive Gewalt gegen zivile Ziele eine direkte Attacke auf die universellen Menschenrechte als Ganzes darstellt. In diesem Sinne waren die Demonstrationen gegen die völkerrechtswidrigen Angriffe auf Gaza und

Israel auch als Protest gegen Rassismus und Kriegsverbrechen im Allgemeinen gerichtet.

Die Schweiz als Komplizin

Ein weiteres Ziel der Proteste war die Politik der Schweiz gegenüber den Konfliktparteien. Die militärische Zusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens und die Exporte von Kriegsmaterial in diese Region sind skandalös. Zudem war das Verhalten des EDA ein trauriger Rückschritt im Vergleich zu den Stellungnahmen während dem Libanonkrieg im Jahr 2006. Damals hatte das EDA die Bombardements der zivilen Infrastruktur noch als das bezeichnet, was sie waren: Schwere Verletzungen der Genfer Konventionen. Im jüngsten Waffengang scherte die Schweiz nicht mehr aus dem Chor der europäischen Politik aus,

der halbherzig die Einstellung der Kampfhandlungen forderte und humanitäre Hilfe versprach. Beide Seiten wurden gleich hart verurteilt, trotz der schreienden Disproportionalität der Verletzungen des Völkerrechts, sowohl in der gegenwärtigen Phase des Konflikts, wie auch über die gesamte Zeitdauer der Auseinandersetzungen zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung.

In einem Interview gestand zwar Aussenministerin Calmy-Rey, dass man «gegenüber dem, was in Gaza geschieht, nicht neutral bleiben kann», fügte jedoch gleich hinzu, dass «es am frustrierendsten ist, anerkennen zu müssen, dass wir nichts tun können.»

Genau deswegen ist unser Beitrag zu einer solidarischen Friedenspolitik notwendig, um die Spirale der Gewalt im Nahen Osten zu stoppen.

Die Nato übernimmt das Mandat der International Security Assistance Force (Isaf) in Afghanistan, die erste grössere Operation ausserhalb Europas. Die Nato stellt eine schnelle Eingreiftruppe mit 9.000 Soldaten auf, die innerhalb kürzester Zeit weltweit eingesetzt werden kann.

Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien, die Slowakei und Slowenien werden offiziell Mitglieder der Nato.

Die Nato übernimmt auch das Kommando im Süden und Osten Afghanistans von den USA.

Die Nato ruft mit der «Partnerschaft für den Frieden» ein Gremium zur schrittweisen Integration der ehemaligen Warschauer Pakt Staaten ins Leben.

Die Tschechische Republik, Ungarn und Polen werden in die NATO aufgenommen. Die NATO bombardiert Jugoslawien ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates und verabschiedet kurz danach ein neues Strategisches Konzept.

Die Nato führt ihren ersten Krieg und greift serbische Stellungen in Bosnien an. Die Implementation Force (Ifor) wird mit 60.000 Soldaten nach Bosnien geschickt.

Nach den Anschlägen in New York wird der «Bündnisfall» nach Artikel 5 ausgerufen.

Die Eufor übernimmt das Nato-Mandat in Bosnien.

Russland entsendet Truppen nach Georgien und friert seine Kontakte zur Nato ein. Sarkozy kündigt Frankreichs Rückkehr in die integrierte Nato-Militärstruktur an. Auf dem Gipfel in Bukarest werden Albanien und Kroatien eingeladen der Nato beizutreten. Georgien und die Ukraine erhalten eine Beitrittsperspektive.

1994

1999

2003

2006

1995

2001

2004

2008

Einladung zur Vollversammlung der GSoA am 19. April 2009

Alle GSoA-Mitglieder, -AktivistInnen und -SympathisantInnen sind herzlich eingeladen, am Sonntag 19. April im Restaurant Kreuz in Solothurn an der GSoA-Vollversammlung teilzunehmen. Die diesjährige Vollversammlung wird ganz im Zeichen der Abstimmung über die Initiative gegen Kriegsmaterialexporte stehen. Nebst interessanten Redebeiträgen wird es auch genug Raum für Diskussionen rund um den Abstimmungskampf geben.

Wegbeschreibung:

Zu Fuss ab Bahnhof Solothurn: Durch die Unterführung, dann entlang der Hauptbahnhofstrasse und die Fussgängerbrücke überqueren, gleich nach der Brücke die erste Gasse links, gegenüber dem Landhaus liegt das Hotel Kreuz (Kreuzgasse 4).

Programm der Vollversammlung:

- 10:15 Uhr Begrüssung
- 10:30 Uhr Rückblick auf das letzte Jahr, Stand Kampfflugzeuginitiative.
- 11.00 Uhr Waffenexport, Rüstungsindustrie und die NATO. Vortrag und Diskussion mit Hans Lammerant, Belgien (www.bomspotting.be / www.vredesactie.be)
- 11.30 Uhr Die Pilatus-Affäre: Vortrag und Diskussion mit dem Historiker Jean-Marie Pelloux
- 12.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 Uhr Statutarische Geschäfte
- 13.30 Uhr Workshops: Abstimmungskampagne Waffenexport
- 14.30 Uhr Diskussion im Plenum zum Abstimmungskampf
- 15.30 Uhr Schluss

Fitamin 20./21. Juni - GSoA-Fitamin zur Vorbereitung auf den Abstimmungskampf um die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten». Mehr darüber auf Seite 11 dieser Zeitung.

Proteste gegen die Nato

(tc) Ein breites Spektrum von Organisationen mobilisiert Anfangs April zu Protesten gegen den Nato-Gipfel in Baden-Baden und Strasbourg. Mitte Februar trafen sich rund 400 AktivistInnen aus zahlreichen europäischen Ländern zu einer internationalen Aktionskonferenz. Die vorläufige Choreographie des Widerstandes sieht folgendes Programm vor:

Mittwoch, 1. April 2009

Camperöffnung in Strasbourg mit Festival; Aktionstag «Europäische Sicherheitsarchitektur»

Donnerstag, 2. April 2009

Aktionstag «Krieg und Krise»

Freitag, 3. April 2009

Demonstration, Blockade und Aktionen in Baden-Baden; Start des Gegenkongresses «No to Nato» in Strasbourg

Samstag, 4. April 2009

Blockaden und andere Aktionen zivilen Ungehorsams rund um den Nato-Tagungsort in Strasbourg; Internationale Grossdemonstration in Strasbourg

Sonntag, 5. April 2009

Fortsetzung des Gegenkongresses «No to Nato» in Strasbourg

Du willst mitkommen? Die GSoA organisiert je eine Busreise nach Strasbourg am Mittwoch und am Freitagabend. Melde dich bei gsoa@gsoa.ch

Wir sind auf Deine Spende angewiesen

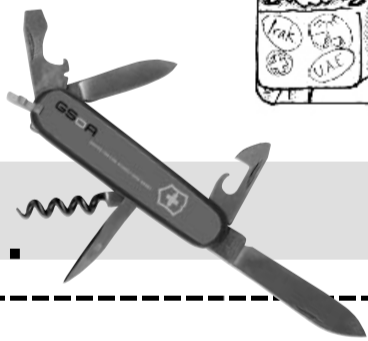
Die GSoA hat im September 2007 die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht und gleichzeitig begonnen mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche das Sturmgewehr ins Zeughaus verbannen will. Nahtlos haben wir anschliessend die Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge lanciert.

Um all die Kosten zu decken, die aus den drei Kampagnen entstehen, sind wir auf Deine Spende angewiesen. Der Druck

von Unterschriftenbogen, Argumentarien und Plakaten und natürlich die bevorstehenden Abstimmungskämpfe kosten viel Geld. Auch die Beglaubigung der Unterschriften, die wir selber durchführen, ist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Mit Deinem Geldbeitrag ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!



GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Friedensfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Faltprospekt Kampfjet-Initiative		kostenlos	
	Argumentarium Kampfjet-Initiative		kostenlos	
Spende			<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-	
Versandkostenanteil				Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Sebastian Dissler (sd), Adi Feller (ad), Carlos Hanimann (cha), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Michi Stegmaier (ms), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- **PC-Konto:** PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

Sonderbund zur Initiative «Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»



Sich wehren, ohne Waffe, ist eine grosse Kunst. Sie lehrt uns zu kommunizieren. Sich wehren mit einer Waffe ist einfach, tödlich und macht sprachlos!
Ursus & Nadeschkin, Künstler

Seite 10

> **Globaler Kampf gegen die Rüstungslobby**

Seite 11

> **Was Du tun kannst**
> **Konversion**

Seite 12/13

> **Die Skandalkarte**

Seite 14

> **Völkerrecht**
> **Leuthard**
> **Schweizer Industrie?**

Seite 15

> **Entwicklungsländer**
> **Kleinwaffen und Gender**

Seite 16

> **Der Initiativtext**

Kriegsprofiteure stoppen!

Während andere Branchen an der Finanzkrise serbeln, verzeichnet die Rüstungsindustrie Rekordumsätze – mit verheerenden Folgen. Grösster Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial war 2008 ausgerechnet Pakistan.

Von Reto Moosmann, rm@gsoa.ch, und Andreas Cassee, ac@gsoa.ch

Seit George W. Bush den «Krieg gegen den Terror» ausgerufen hat, können sich Rüstungsmanager über ein Rekordergebnis nach dem anderen freuen. Mehr als 1'600 Milliarden Franken wurden im letzten Jahr weltweit für Militär und Kriegsmaterial ausgegeben – so viel wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Die angeblich neutrale und humanitäre Schweiz verdient kräftig mit am Geschäft mit dem Krieg. 2008 exportierte die Eidgenossenschaft Kriegsmaterial im Wert von 722 Millionen Franken – eine Zunahme von mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ausgerechnet Pakistan

Grösster Abnehmer von Schweizer Waffen war letztes Jahr ausgerechnet Pakistan – einer der instabilsten und gefährlichsten Staaten weltweit. Dieser neuerliche aussen- und friedenspolitische Sündenfall nahm seinen Anfang bereits Ende 2006: Obwohl die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats den Bundesrat ermahnt hatte, mit Pakistan aufgrund der politischen Lage keine Waffengeschäfte abzu-

schliessen, bewilligte die Schweizer Regierung nur einen Monat später die Lieferung von Fliegerabwehrgeschützen der Rheinmetall Air Defence (die ehemalige Oerlikon-Contraves) nach Pakistan.

Pakistan ist längst nicht der einzige Staat mit zweifelhaftem Menschenrechtsruf, der zu den Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie zählt. Unvergessen ist beispielsweise die Ausfuhr eines «Trainingsflugzeugs» an das tschadische Militär-Regime von Idriss Déby, welches die Maschine umgehend mit Waffen ausstattete und im Krieg in Darfur einsetzte.

Seit den 70er-Jahren wurden mit Ausnahme Syriens sämtliche Staaten des Nahen Ostens mit Schweizer Waffen beliefert. Ganz legal, versteht sich. Weit vorn in der Exportstatistik steht auch dieses Jahr Saudi-Arabien. Dies, obwohl Amnesty International immer wieder auf schwere Menschenrechtsverletzungen in dem Land hinweist und keinerlei Garantie besteht, dass diese Waffen nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Bundesrat kuscht vor Rüstungsmultis

Ob es um Exporte in den Nahen Osten, in den Tschad oder nach Pakistan geht: Die Politik des Bundesrates orientiert sich einzig an den Interessen der Rüstungsunternehmen. Wobei von einer «Schweizer» Rüstungsindustrie eigentlich längst nicht mehr die Rede sein kann. Mit Ausnahme der staatlichen Ruag gehören die meisten Produktionsstätten in der

Schweiz längst zu transnationalen Rüstungskonzernen: Die Mowag wurde vom US-Rüstungsgiganten General Dynamics geschluckt und Oerlikon-Contraves gehört zur deutschen Rheinmetall. Das scheint dem Bundesrat entgangen zu sein, der seine Ablehnung der Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten unter anderem damit begründet, dass die eigene «Schweizer» Rüstungsindustrie geschützt werden müsse, um sich im hypothetischen Kriegsfall autonom versorgen zu können.

Abstimmung im November?

Unsere Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ist dringend nötig. Sie könnte schon bald zur Abstimmung kommen, eventuell bereits diesen November. Es ist bereits abzusehen, dass die Rüstungsindustrie Millionen in den Abstimmungskampf buttern wird. Damit wir die Kriegsprofiteure stoppen können, sind wir deshalb auf jede Hilfe angewiesen – finanziell, aber auch durch persönliches Engagement (vgl. Artikel Seite 11).



Immer wieder hat der Bundesrat ausgedientes Armeematerial an zwielichtige Staaten verkauft. Mit diesen Entscheidungen riskierte der Bundesrat bewusst, dass Schweizer Panzer in Kriegsgebieten eingesetzt werden. Durch einen Ausfuhrverbot wäre auch solchen Geschäften ein Ende gesetzt.
Louise Schneider, GSoA Bern





Kriegsmaterial-Exporte sind ein Geschäft mit dem Tod, in dem die vermeintlich «neutrale» Schweiz kräftig mitmischet. Das muss endlich aufhören!
Tom Cassee, GSoA Zürich

GLOBALER KAMPF GEGEN DIE RÜSTUNGSLOBBY

Kriegsmaterialproduzenten unter Druck

Das Mittel der Volksinitiative ist ein schweizerisches. Der Kampf gegen den Waffenhandel jedoch ein globaler. Einige Beispiele von Kampagnen in anderen Ländern. Von Felix Birchler, felix@gsoa.ch

Auf internationaler Ebene forderten die Organisationen Oxfam, Amnesty International und IANSA (International Action Network on Small Arms) lange vergeblich ein wirksames Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels. Im Dezember 2008 hat nun die UN-Generalversammlung einer Resolution zur Schaffung eines solchen Rahmenabkommens zugestimmt. Nun erarbeiten verschiedene Expertengruppen die Eckpunkte des künftigen Abkommens. Damit sollen zumindest die schlimmsten Perversitäten des globalen Waffenhandels unterbunden werden.

Belgien

In mancher Hinsicht ein Vorreiter, was das Verbot von besonders grausamen Waffen angeht, ist Belgien. 1995 beschloss es als erstes Land ein Verbot von Anti-Personenminen. Nach einer jahrelangen Kampagne von Handicap International und Gleichgesinnten wurden im Jahr 2006 dann auch Streubomben verboten.

Die nächste, und gerade für die Schweiz besonders interessante Stufe, wurde dann im März 2007 erreicht. Das belgische Parlament verabschiedete trotz massivem Lobbyisten-Druck ein Gesetz, welches auch Investitionen in Streubomben verbietet. Schätzungen gehen davon aus, dass weltweit 68 internationale Bankgesellschaften gegen 20 Milliarden Franken in Streubomben investierten. In Belgien ist es den Banken nun verboten, Aktien und

Anleihen von Firmen zu erwerben, welche im Streubombengeschäft tätig sind. Auch dürfen solchen Firmen keine Kredite mehr ausgestellt werden. Ziemlich einschneidende Regeln für die belgischen Finanzinstitute, wenn man bedenkt, dass auch bestehende Investitionen aufgelöst werden müssen. Der Erfolg der seit 2003 laufenden Kampagne «Mein Geld. Reines Gewissen?» zeigt, dass auch in einem vernetzten globalen Markt mittels nationaler Gesetzgebung dem Geschäft mit dem Tod ein Riegel geschoben werden kann.

Deutschland

In Deutschland steht ein breites Bündnis von Friedens- aber auch Aktionärsorganisationen hinter der Kampagne «Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition». Diese knüpft an bei der Tatsache, dass der Mercedes-Produzent Daimler zugleich der grösste Aktionär der europäischen Rüstungsschmiede EADS ist. EADS-Raketenwerfer wurden etwa im israelischen Krieg im Südlibanon 2006 oder von der georgischen Armee im Krieg in Südossetien eingesetzt. Aber auch ins Geschäft mit

der Streumunition ist EADS (und somit Daimler) verwickelt. Kampagnensprecher Jürgen Grässlin kündigte an, dass die Kampagne so lange weitergeführt werde, bis Daimler aus dem Geschäft mit dem Tod ausgestiegen sei.

Japan

Japan ist unter den hoch industrialisierten Ländern dasjenige mit dem restriktivsten Waffenexportgesetz. 1967 legte der damalige Premierminister Sato die Politik der «Three Principles on Arms Export Policy» fest. Diese besagt, dass keine Waffen geliefert werden an: 1. kommunistische Staaten, 2. Embargo-Staaten, 3. potentielle Konflikt-Staaten. In der Praxis bedeutet dies seit den 70er-Jahren ein totales Rüstungsexportverbot in alle Staaten der Welt. Nur den USA wird, aus historischen Gründen, eine symbolische Ausnahme gegönnt. Das im Zweiten Weltkrieg verheerend zerstörte Japan hat im Gegensatz zu Deutschland den Handel mit Kriegsmaterial stark beschränkt. Hier wurde richtig erkannt: Waffen töten, egal ob exportiert oder im eigenen Land!



Waffen sind ein Tötungsinstrument, in ihrem Visier meist Unschuldige – Zivilbevölkerung, Frauen und Kinder. Kriegsmaterialexporte sind deshalb unvereinbar mit der humanitären Tradition der Schweiz. Sie stehen im Widerspruch zu jeglichen entwicklungspolitischen und friedenspolitischen Bemühungen.
Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne

EU-EXPORTRICHTLINIEN

Die Schweiz ist kein Vorbild

Die EU-Staaten sind zwar in Sachen Kriegsmaterial-Export keine Musterknoten. Doch in wesentlichen Bereichen sind die Ausfuhrbestimmungen strenger als in der Schweiz.

Von Reto Moosmann, rm@gsoa.ch

Im Dezember 2008 hat sich der EU-Ministerrat auf eine Common Position, das heisst auf gemeinsame Regeln und Bestimmungen für den Export von Rüstungsgütern geeinigt. Der EU-Ministerrat legt damit einen Mindeststandard für sämtliche Mitgliederstaaten fest. So verlangt der EU-Ministerrat von seinen Mitgliederstaaten, dass keine Rüstungsgüter ausgeführt werden, wenn die Gefahr besteht, dass der Empfängerstaat die Rüstungsgüter für die Repression gegen die Bevölkerung einsetzt, oder wenn der Empfängerstaat gegen das humanitäre Völkerrecht verstösst. Ausgeschlossen sollen Lieferungen auch dann sein, wenn dadurch ein Konflikt verschärft oder verlängert werden könnte.

Im Vergleich mit der Schweizer Kriegsmaterialgesetzgebung sind die Bestimmungen in zwei wesentlichen Punkten strenger:

1. Die Common Position gilt im Gegensatz zum Schweizer Kriegsmaterialgesetz neben eigentlichem Kriegsmaterial auch für besondere militärische Güter (also für sämtliche Güter der Munitions List von Wassenaar). In

der Schweiz fällt nur das Kriegsmaterial unter ähnliche Bestimmungen wie in der EU. Die besonderen militärischen Güter wie beispielsweise die Pilatus-Militärflugzeuge unterstehen in der Schweiz dem zahnlosen Güterkontrollgesetz und können praktisch unbeschränkt exportiert werden.

2. Der EU-Ministerrat verlangt ferner sogar, dass die Regeln der Common Position auch für den Export von Dual-Use-Gütern (Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können) Geltung haben, sofern diese nicht rein zivil genutzt werden. In der Schweiz können Dual-Use-Güter praktisch ohne Einschränkung exportiert werden.

Transparenz in der EU

In einem wesentlichen Punkt ist die EU der Schweiz ebenfalls einen Schritt voraus: Sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten veröffentlichen jährlich einen ausführlichen Bericht, in dem offen gelegt wird, in welches Land welches Gut exportiert wurde. Die Schweiz hingegen begnügt sich mit der Veröffentlichung einiger weniger Powerpoint-Slides. So ist es in vielen Fällen schwierig zu erfahren, in welches Land die Schweiz welches Rüstungsgut exportiert. Noch im Jahr 2005 lehnte der Bundesrat einen Vorstoss von Nationalrat Jo Lang ab, der mehr Transparenz und einen ausführlichen Jahresbericht über den Schweizer Waffenexport analog zu den anderen europäischen Staaten verlangte.

SCHWEDEN

Elfjährige Zwillinge gegen Waffenindustrie

Am 13. Dezember des vergangenen Jahres boykottierten zwei elfjährige Zwillinge das traditionelle Weihnachtssingen ihrer Schule in Ekilstuna, Schweden. Der Grund: Sie sollten für die Belegschaft einer grossen Waffenfabrik singen.

Von Sebi Dissler, sebi@gsoa.ch

Wie jedes Jahr lud Saab Bofors Dynamics, ein grosser Produzent von Panzerabwehrwaffen, die Schule ein, an seiner Weihnachtsfeier Lieder vorzutragen. Doch dieses Jahr verweigerten sich zwei Schülerinnen: Die beiden elfjährigen Zwillingsschwestern Ellen und Jonna Hansson. «Wir glauben nicht, dass es richtig ist, für eine Firma zu singen, die Raketen produziert, mit denen Menschen getötet werden!», meinten die beiden.

Auch als der Lehrer sie darauf aufmerksam machte, dass die Firma als Gegenleistung einen Zustupf für die Klassenkasse versprach, blieben Ellen und Jonna hart. Das Argument,

dass seit jeher alle Schülerinnen und Schüler am Weihnachtssingen des grössten Arbeitgebers in der Region teilnahmen, fruchtete ebenfalls nicht.

Das Richtige getan

Obwohl Ellen und Hansson mit Nachsitzen gedroht wurde, musste die Klasse ohne die beiden Singen. «Das härteste war, dass uns unsere SchulkollegInnen fragten, wieso wir nicht mitmachen», sagen Ellen und Jonna.

Die Mutter der Zwillinge zeigte sich einerseits besorgt über den Druck, den die Mädchen auszuhalten hatten. Andererseits ist sie auch stolz auf den Mut ihrer Töchter. Sie will das alljährliche Singen für die Waffenindustrie nun am nächsten Elternabend zur Sprache bringen.

Ellen und Jonna lassen sich jedenfalls nicht entmutigen: «Wir haben das Richtige getan und werden es auch nächstes Jahr wieder tun.»

Ellen und Jonna Hansson





ENGAGEMENT GEGEN DIE KRIEGSINDUSTRIE

Alle reden über Waffenexporte – Dank Dir!

GSoA-Initiativen haben es traditionell nicht leicht an der Urne. Damit wir mit der Kriegsmaterial-Initiative einen Erfolg feiern können, braucht es DICH. Von Rahel Ruch, rahel@gsoa.ch

Voraussichtlich Ende Jahr steht die Abstimmung über die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» an. Nach den anstrengenden Sammelmonaten können wir endlich die Früchte unserer Anstrengung ernten. Um eine eindrückliche und effektive Abstimmungskampagne machen zu können, braucht es nun jede und jeden. Wir wollen, dass die Initiative in der Öffentlichkeit zu einem zentralen Thema wird. Nicht nur in den Medien, sondern auch im Freundeskreis, bei der Arbeit oder am Stammtisch. Ziel ist es, möglichst viele StimmbürgerInnen dazu zu bewegen, die Initiative anzunehmen. Vorbild bleibt die Initiative «für vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» von 1972: Damals stimmten 49.7 Prozent der Stimmberechtigten zu. Geben wir also unser Bestes für ein gutes Resultat – vielleicht schaffen wir die zusätzlichen 0.4 Prozent ja! Schliesslich hat die Initiative schon jetzt kleine Erfolge gebracht, beispielsweise die anstehende Revision des

Güterkontrollgesetzes oder die Anpassung der Kriegsmaterialverordnung. Es ist wichtig, dass die Initiative in der Öffentlichkeit präsent bleibt. Es darf den Waffenkonzernen nicht gelingen, mit Hilfe ihres Geldes die öffentliche Diskussion zu dominieren.

Im Gegensatz zur Rüstungsindustrie, welche Millionen zur Bekämpfung unserer Initiative einsetzen wird, stehen uns bloss einige zehntausend Franken zur Verfügung – also ein Bruchteil der Mittel der Gegenseite. Auch wenn die GSoA hauptsächlich vom freiwilligen Engagement ihrer AktivistInnen und Mitglieder lebt: Ob wir Plakate drucken, Werbung in Kinos machen oder Inserate schalten können, hängt davon ab, wie gross die finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und SympathisantInnen für den Abstimmungskampf sein wird. Deshalb sind wir auf Spenden angewiesen, seien sie gross oder klein. Für Dein Engagement danken wir Dir bereits jetzt.

Was tun?

Damit wir eine breite Öffentlichkeit für unser Anliegen gewinnen können, braucht es viele kreative Ideen, eindrückliche Aktionen und eine Prise Provokation unsererseits. Und so kannst Du Dich für die Initiative engagieren:

- Komm ans Fitamin vom 20./21. Juni (siehe Kasten nebenan) oder an die GSoA-VV am 19. April.
- Schliess Dich einem regionalen Abstimmungs-komitee an.
- Hilf mit bei der Organisation von Informationsständen, Veranstaltungen, Aktionen und verteile Flyer oder Abstimmungszeitungen an der Uni, der Schule oder in Deinem Quartier.
- Schreibe Leserbriefe. Melde Dich, falls Du zusätzliche Informationen brauchen kannst.
- Mach mit bei Aktionen gegen Rüstungskonzerne (Blockaden, Strassenaktionen).
- Sammle Informationen über Rüstungsfirmen und Waffenexporte und stelle sie uns zur Verfügung.
- Nutze das Internet, um für die Initiative zu werben: Schicke Mails an Deine FreundInnen, informiere andere über Plattformen (zum Beispiel Facebook) oder Deinen Blog.
- Hilf uns, die Abstimmungskampagne zu finanzieren. Mit einer Spende von 50 Franken

können wir beispielsweise 1'000 Flyer drucken. Wenn 10 Leute 100 Franken spenden, können wir ein Inserat schalten.

- Spende ab jetzt bis zur Abstimmung monatlich einen fixen Betrag per Lastschriftverfahren. Ein Formular findest Du auf unserer Website unter: www.gsoa.ch
- Neu sind auch Online-Spenden über die GSoA-Website möglich. Mehr dazu unter www.gsoa.ch/gsoa/spenden/
- Wir sind auch immer wieder dankbar über allerlei Sachspenden und Hilfe im Sekretariat (vom Verpacken von Couverts bis zum Grafikdesign eines Flyers).

Wenn Du mithelfen möchtest oder einfach mal neugierig bist, melde Dich bei einem GSoA-Sekretariat, bei gsoa@gsoa.ch oder sende den Talon auf der letzten Seite dieser Zeitung ein.

Wir freuen uns auf eine lautstarke Kampagne mit Euch!

WIRTSCHAFT

Konversion lohnt sich

Die Rüstungsindustrie ist längst kein wichtiger Wirtschaftszweig mehr für die Schweiz. Es arbeiten «nur» noch etwa 5'000 Menschen in der exportierenden Waffenindustrie. Jedoch sind in gewissen Regionen überproportional viele Arbeitsplätze von ihr abhängig. Von Sebastian Dissler, sebi@gsoa.ch

Im Kanton Nidwalden sind beispielsweise die Pilatus-Werke der grösste Arbeitgeber. Die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» beinhaltet deshalb auch, dass der Bund während zehn Jahren diese Regionen sowie die betroffenen Beschäftigten unterstützt. Eine solche Hilfe ist keine «sozialistische Planwirtschaftsphantasie», wie sich der CVP-Rüstungslobbyist Carlo Schmid ausdrückte, sondern eine reale Chance für einen zukunftsgerichteten Umbau der Schweizer Rüstungsfirmen. «Konversion», also Übergang von militärischer zu ziviler Produktion, heisst das Stichwort.

Angesichts des Klimawandels und der Wirtschaftskrise ist es hirnrissig, gute Ingenieure und Technikerinnen Waffen, anstatt beispielsweise effiziente Solarzellen entwickeln zu lassen. Wenn Christophe Darbellay Investitionen in die Rüstung sogar als Konjunktur-Programm anpreist, beweist er mangelndes wirtschaftliches Verständnis.

Die Zukunftsmärkte sind zivil

Gerade in den letzten Jahren wuchsen die zivilen Sparten der Rüstungsfirmen besonders stark. Während die RUAG 1999 erst 7 Prozent des Umsatzes im zivilen Bereich erwirtschaftete, sind es heute bereits 50 Prozent. Sie fa-

briziert beispielsweise Airbus-Bestandteile, Teile von CD-Pressen oder Autozubehör.

Auch die Pilatus-Werke in Stans sind mit dem zivilen Business-Jet PC-12 äusserst erfolgreich. Die Produktion des PC-12 schuf 200 zusätzliche Stellen und gemäss dem aktuellen Geschäftsbericht findet Pilatus nicht genügend qualifizierte Angestellte, um allen Bestellungen für den Business-Jet nachzukommen. Diese beiden Beispiele beweisen, dass die Zukunftsmärkte für Schweizer Rüstungsfirmen zivile Märkte sind. Andere Firmen sind bereits gänzlich auf zivile Produktion umgestiegen: Die ehemals berühmte Schweizer Waffenschmiede SIG produziert heute ausschliesslich Verpackungsanlagen.

Längst fälliger Strukturwandel

Die in der Initiative vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen würden die notwendigen Struktur- und Anpassungen sozial verträglicher machen. Der Bund würde beispielsweise Umschulungen für die betroffenen Angestellten finanzieren. Laut einer im Auftrag des SECO erstellten BAK-Studie würde aber ein solches Umschulungsprogramm gerade mal 19 Millionen Franken kosten.

Die Propaganda-Maschinerie der Rüstungslobby wird versuchen, die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» als Jobvernichterin darstellen. Das Gegenteil ist wahr. Deshalb unterstützten auch namhafte Gewerkschafter wie zum Beispiel André Daguét die Initiative. Eine Annahme würde die Rüstungsfirmen zwingen, einen längst fälligen Strukturwandel durchzuführen. So werden neue Arbeitsplätze geschaffen und zwar ohne sich am Geschäft mit dem Tod zu beteiligen.



September 2007: Die Unterschriften für die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten werden der Bundeskanzlei übergeben.



«Die Initiative fordert die Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivile Produktion. Das sichert langfristig Arbeitsplätze.»
André Daguét, Nationalrat SP, GL-Mitglied UNIA

Alle ans GSoA-Fitamin vom 20./21. Juni 2009!

(nr) Der Abstimmungskampf für die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» steht vor der Tür und die Rüstungsfirmen werden keinen Aufwand scheuen – vor allem in finanzieller Hinsicht – um das Waffenexportverbot zu verhindern. Viel Fantasie und kreative Aktionen sind also gefragt von den GSoAtInnen, damit wir uns mit diesem friedenspolitischen Anliegen Gehör verschaffen können.

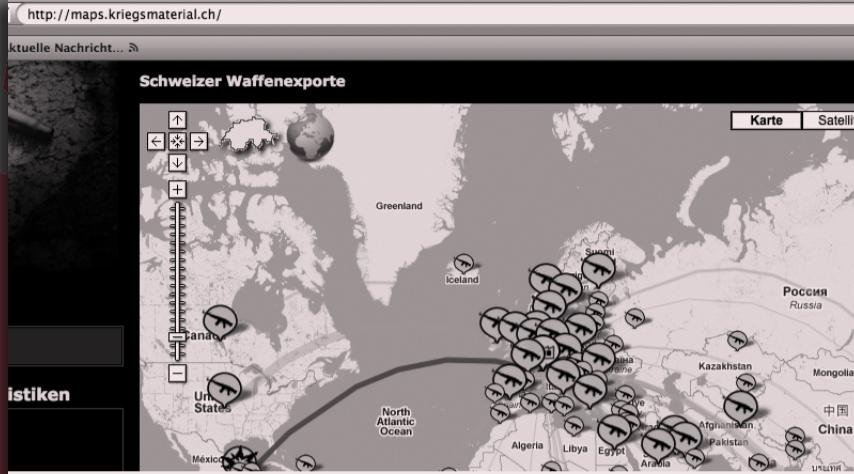
Damit wir alle inhaltlich «fit» werden für den Abstimmungskampf, treffen wir uns am Wochenende des 20. und 21. Juni 2009 zum legendären GSoA-Fitamin. Nebst inhaltlichen Workshops, wo wir uns das notwendige Wissen aneignen werden, gibt es auch kreative Aktionsworkshops. Natürlich kommt auch das gesellige Beisammensein nicht zu kurz. Das Fitamin steht allen Interessierten offen. Damit wir besser planen können, ist aber eine Anmeldung nötig. Das definitive Programm und der Ort wird den Interessierten später bekannt geben.

Anmeldung und weitere Infos:
Per Mail oder Telefon an gsoa@gsoa.ch oder 044 273 01 00.

SKANDALKARTE



«Mit der Lieferung von Waffen untergräbt die Schweiz jegliche Bemühungen, die Situation der Menschen vor Ort zu verbessern. Kriegsmaterial-Exporte müssen ein für allemal verboten werden!»
Jo Lang, GSoA Zug, Nationalrat Grüne

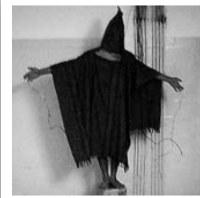


Ausführlichere Informationen zu Waffenexporten unter maps.kriegsmaterial.ch

Spanien, 1970er Jahre: Die Schweiz liefert Waffen für 200 Mio. Franken an die Militärdiktatur unter General Franco.



Marokko, 2006: Die Vereinigten Arabischen Emirate liefern widerrechtlich alte Schweizer Panzerhaubitzen nach Marokko. Das Land steht in der Westsahara in einem brutalen Krieg.



USA, 2003: Völkerrechtswidriger Krieg der USA und einiger Verbündeter gegen den Irak. Die Ruag liefert Mörser, Handgranaten, feinmechanische Bestandteile für Kampfjets und Luft-Boden-Raketen. Die Tausenden Stryker-Radschützenpanzer der US-Armee werden in Lizenz der Mowag produziert.



Tschad, 2006: Trotz Protesten verkauft Pilatus Militärflugzeuge an den Tschad. Schon kurz darauf setzt der Diktator Idriss Déby die Maschinen ein, um Flüchtlingslager in Darfur zu bombardieren.



Mexiko, 1994: Vom 5. bis zum 11. Januar bombardiert die mexikanische Luftwaffe mit PC-7-Flugzeugen indigene Dörfer in Chiapas. Berichte über mehrere hundert Opfer unter der Zivilbevölkerung.



Guatemala, 1980er Jahre: Die Regierung bombardiert mit PC-7-Flugzeugen die Zivilbevölkerung. Weltweite Proteste gegen die Schweizer Exporte, unter anderem durch die britische Regierung.



Nigeria, 1960er Jahre: Während in der Sierra Leone die Kinder getötet wurden, wurden in Nigeria die Operationen des Roten Kreuzes gestoppt.



Peru, 1980: Nach dem Putsch patrouilliert die Armee mit Mowag-Panzern durch die Strassen der Hauptstadt La Paz.

Nigeria, 1981-1983: Trotz schwerer Unruhen liefert die Schweiz Waffen für mehr als 300 Mio. Franken.

Nigeria, 1988: Nigeria ist überschuldet, ein grosser Teil der Bevölkerung lebt in Armut. Pro Jahr sterben 250'000 Kinder an vermeintlichen Krankheiten. Die Schweiz liefert Waffen für weitere 100 Mio. Franken.



«Aus meiner Verantwortung als Christ heraus bin ich für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten.»
Heiner Studer, alt Nationalrat EVP



Chile, 1973: Blutiger Staatsstreich, 3000 Tote. Der Putsch-General Pinochet wird zum Liebling der Schweizer Rüstungsindustrie und erhält massenhaft Waffen der SIG und der Mowag.

Argentinien, 1980: Sulzer will eine Schwerwasser-Aufbereitungsanlage an die argentinischen Generäle liefern. Alle andern Ländern weigern sich, da Argentinien den Atomwaffen-Sperrvertrag nicht unterzeichnet hat.



Ein Verbot der Kriegsmaterial-Exporte setzt ein für alle sicht- und spürbares Zeichen gegen Profit durch Kriege und Gewalt.
Marina Carobbio,
Vizepräsidentin SP, Nationalrätin

VÖLKERRECHT

Waffenexporte untergraben Genfer Konventionen

Der erste Artikel der Genfer Abkommen von 1949 verlangt von der Schweiz eine restriktive Handhabung der Kriegsmaterial-Exporte. Von Evelyne Schmid*, evelyne.schmid@graduateinstitute.ch

Der gemeinsame Artikel 1 der Genfer Konventionen ist vielleicht die meistverletzte Klausel des humanitären Völkerrechts. Er verpflichtet alle Vertragsstaaten, die Abkommen «unter allen Umständen einzuhalten und ihre Einhaltung durchzusetzen». Nähme die Schweiz diesen Artikel ernst, dürfte sie kein Kriegsmaterial an Akteure exportieren, welche das humanitäre Völkerrecht nicht einhalten. Die Frage, ob es sich bei diesen Akteuren um wichtige Handelspartner handelt, darf dabei keine Rolle spielen. Die Schweiz hat sich mit der Unterzeichnung der Genfer Konventionen verpflichtet, alle Massnahmen zu unter-

lassen, welche Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht fördern, und sie muss wenn immer möglich Massnahmen ergreifen, damit alle Konfliktparteien sich an die Regeln des humanitären Rechts halten.

Artikel 1 und Waffenexporte

Die Genfer Konventionen beinhalten keinen präzisen Massnahmenkatalog zur Umsetzung von Artikel 1. Der CIA hat beispielsweise 1983 in Nicaragua ein Guerilla-Handbuch verbreitet, welches zu Verletzungen des humanitären Rechts aufgerufen hat. Darin hat der Internationale Gerichtshof einen Verstoß von Artikel 1 durch die USA erkannt. Ein Staat darf also keine Unterstützung zu Verletzungen der Genfer Abkommen leisten. Für Barbara Frey, UNO-Sonderberichterstatterin für die Prävention von Menschenrechtsverletzungen durch Kleinwaffen, verbietet Artikel 1 auch,

Kriegsmaterial an Akteure zu liefern, welche dieses für völkerrechtswidrige Handlungen verwenden werden oder wo ein ernstes Risiko dazu besteht. Ein Staat ist demzufolge in solchen Fällen nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, eine Exportlizenz zu verweigern.

Ungenügende Umsetzung ist keine Ausrede

Offensichtlich wird der besagte Artikel nur sehr mangelhaft umgesetzt. Auch wenn internationale Praxis zu Artikel 1 rar ist, bedeutet die lückenhafte Umsetzung nicht, dass die Verpflichtung nicht existiert. Vielmehr ist sie ein Zeichen dafür, dass sich Regierungen schwer tun, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte vor wirtschaftliche Interessen zu stellen. (Pilatus-)Militärflugzeuge, welche bereits in Guatemala, Burma und Chiapas zur Bombardierung der Bevölkerung verwendet

wurden, an Tschad zu liefern, ist schlicht keine getreue Umsetzung von Artikel 1. Der Uno-Gerichtshof hat den ersten Artikel der Genfer Abkommen mehrfach klar als vertragliche Verpflichtung, und nicht als freiwillige Angelegenheit bezeichnet. Jean Pictet, der geistige Vater der Genfer Abkommen, meinte: «Das Funktionieren des Schutz-Systems der Konventionen verlangt tatsächlich, dass die Vertragsparteien sich nicht damit begnügen, die Bestimmungen selber anzuwenden, sondern alles in ihrer Macht stehende tun, damit die humanitären Prinzipien der Abkommen universell angewendet werden.» Rüstungsexporte an Kriegsparteien sind bestimmt kein geeignetes Mittel dazu.

* Evelyne Schmid doktoriert in Völkerrecht am Hochschulinstitut für Internationale Studien und Entwicklung in Genf.

DORIS LEUTHARD

Ein Chamäleon im Bundesrat

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat sich in den vergangenen Jahren in zahlreichen Fällen dafür eingesetzt, dass Waffen in Länder des Nahen Ostens exportiert werden können. Dies obwohl sich dessen Vorsteherin Doris Leuthard – zumindest rhetorisch – immer wieder auf ihre christlichen Grundwerte bezieht. Von Martin Parpan, martin.parpan@surfeu.ch

«Das C spielt für meine Überzeugungen durchaus eine Rolle. Gerechtigkeit und Menschenwürde sind zentrale Anliegen, die ich in meine tägliche Arbeit einfließen lasse.» Nachzulesen ist dieser Satz im einem Interview mit Doris Leuthard, welches in der Wochenzeitung vom 15. Januar 2009 erschienen ist. Und tatsächlich, der Name Doris Leuthard erscheint denn auch in einem Postulat, welches verlangt, dass der Rüstungshandel mit Ländern des Nahen Ostens sistiert wird. Begründet wird die Forderung unter anderem mit den Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte, welche in zahlreichen Ländern jener Region Alltag sind: «Es ist für die Schweiz unerlässlich, eine Sistierung der Rüstungsgeschäfte und der militärischen Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu prüfen. Die Schweiz darf weder die völkerrechtswidrige militärische Besetzung durch Israel noch das militärische Bedrohungspotential arabischer Staaten gegen Israel und die internen repressiven Übergriffe in diesen Staaten fördern.» Zwar wurde dieses Postulat bereits im Jahr 2004 eingereicht, die humanitäre Situation in Nahost hat sich in der Zwischenzeit jedoch nicht verbessert – im Gegenteil.

Sinneswandel

Geändert hat sich hingegen etwas anderes. Aus der damaligen Nationalrätin wurde in der Zwischenzeit die Bundesrätin Doris Leuthard. Mit dem Wechsel in die Exekutive hat bei Frau Leuthard offensichtlich auch ein Sin-

neswandel stattgefunden, was die Vertretbarkeit von Kriegsmaterialexporten anbelangt. Heute ist Doris Leuthard bekannt als Fürsprecherin der Schweizer Rüstungskonzerne, welche mit Exporten in den Nahen Osten ihr Geld verdienen. In seinen Argumenten weist das EVD regelmässig auf die volkswirtschaftliche und sicherheitspolitische Wichtigkeit der hiesigen Waffenindustrie hin und zeigt damit eine erstaunliche Ignoranz gegenüber den Opfern, die durch die Schweizer Waffen getötet oder verletzt wurden. Doris Leuthard beweist mit dieser Art von Politik vor allem eines: Gerechtigkeit und Menschenwürde sind in ihrer Politik in erster Linie rhetorische Instrumente. Den Praxisbeweis bleibt sie zumindest beim Thema Kriegsmaterialexporte schuldig.

Zwei von über hundert Kanonen des Typs GDF-002, welche die chinesische Armee in den Achtzigerjahren bei Oerlikon Contraves kaufte und seither in Lizenz produziert.



«SCHWEIZER» RÜSTUNGSINDUSTRIE

Im Schosse globaler Konzerne

Die «schweizerische» Rüstungsindustrie ist längst ein Mythos – das Geschäft mit dem Krieg hat sich globalisiert. Auch in der Schweiz gehören zwei der vier grössten Waffenschmiedern zu transnationalen Konzernen. Von Tom Cassee, tom@gsoa.ch

In seiner Botschaft zur Kriegsmaterial-Initiative argumentiert der Bundesrat, Waffenausfuhren seien nötig, um eine «rüstungsindustrielle Basis» aufrechtzuerhalten. Im Kriegsfall müsse sich die Schweiz selbst mit Waffen versorgen können, so die Idee. Doch gibt es überhaupt noch eine «einheimische» Rüstungsindustrie?

Seit 2003 gehören die Kreuzlinger Mowag-Werke dem US-Unternehmen General Dynamics. Der fünfgrösste Waffenkonzern der

Welt produziert in der Schweiz Radschützenpanzer, welche besonders für die Aufstandsbe-kämpfung geeignet sind. Die rumänische wie auch die deutsche Armee setzen diese Panzer im Afghanistan-Krieg ein.

Oerlikon Contraves, die frühere Oerlikon Bührle, heisst seit dem 1. Januar «Rheinmetall Air Defence». Der Schweizer Ableger der deutschen Rheinmetall produziert Flugabwehrgeschütze. Momentan werden diese Waffen vor allem in Länder wie Pakistan und Saudi-Arabien verkauft.

Europäische Rüstungsagentur

Die Konzentration der Rüstungsbranche hat zwei Hauptgründe. Einerseits hängt sie mit den Kompensationsgeschäften zusammen. Diese Art von Verträgen führen zu einer Bevorzugung grosser Konzerne. Denn sie können aus ihren diversen Konzernbereichen auswählen, wie sie den Kompensations-Vpflichtungen nachkommen wollen.

Andererseits fördert die Europäische Union die Konsolidierung der Rüstungsindustrie. Die europäische Verteidigungsagentur – früher Rüstungsagentur genannt – hat den Auftrag, die Rüstungsindustrie zu koordinieren und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen soll gefördert werden. Der Eurofighter ist ein Beispiel für ein solches Gemeinschaftsprodukt. Der bundeseigene Waffenbetrieb Ruag ist in ein weiteres europäisches Rüstungsprojekt eingebunden: Zusammen mit anderen europäischen Firmen entwickelt die Ruag eine Kampfdrohne. Ohne internationale Vernetzung ist es heute schlicht nicht mehr möglich, konkurrenzfähige High-Tech-Produkte herzustellen. Wer trotzdem noch an der Illusion einer autarken Rüstungsindustrie festhält, ist entweder erstaunlich naiv – oder er hält an diesem Märchen fest, um die direkten und indirekten Subventionen für die Rüstungsindustrie, von denen andere Branchen nur träumen können, nicht zu gefährden.



ENTWICKLUNGSPOLITIK

Sich der Verantwortung stellen

Im Abstimmungskampf über das Verbot von Kriegsmaterial-Exporten wird viel über die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Auswirkungen eines Ausfuhrverbots diskutiert werden. Doch das eigentliche Anliegen der Initiative ist ein ganz anderes: Soll die Schweiz mit ihren Waffenlieferungen weiterhin Konflikte anheizen und damit die Entwicklung der ärmsten Länder verhindern?

Von Frédéric Durand, GSsA Genève
fredric.durand@associationsdegeneve.ch

Die Schweiz gehört global gesehen nicht zu den allergrössten Exporteuren von Kriegsmaterial. Aber immer wieder verkauft unser Land Waffen an Länder der so genannten Dritten Welt (siehe auch Karte auf den Seiten 12 und 13). Speziell in einem Nischenmarkt ist sie Weltspitze: Sie ist die zweitgrösste Verkäuferin von Munition für Kleinwaffen. Die weltweite Produktion derartiger Munition wird auf rund 14 Milliarden Stück pro Jahr geschätzt. Das sind zwei Kugeln für jeden Menschen auf der Erde. Und in der Tat: Kleinwaffen sind die wahren Massenvernichtungswaffen.

Vor kurzem hat die «Genfer Erklärung über Waffengewalt und Entwicklung» einen Bericht über die Auswirkungen von Gewalt durch Kleinwaffen veröffentlicht. Laut Bericht sterben jedes Jahr mehr als 740'000 Personen direkt oder indirekt durch solche Waffen, zwei Drittel davon ausserhalb von eigentlichen Konfliktgebieten.

Falsche Prioritätensetzung

Die direkten, individuellen Auswirkungen, das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen, sind verheerend. Doch die Ausfuhr von Rüstungsgütern hat zudem äusserst negative Auswirkungen auf die Entwicklung ganzer Länder. Indem die Waffengewalt ganze Gesellschaften dezimiert und lähmt, fruchtbare Felder in vermintes Gelände verwandelt, die bereits überlasteten Gesundheitssysteme gänzlich in die Knie zwingt und indem sie die fragile zivile Infrastruktur und die Natur zerstört, wird die sozio-ökonomische Entwicklung der ärmsten Länder direkt behindert. Die indirekten Folgen sind aber mindestens so schlimm: Rüstungsgüter verschlingen diejenigen Ressourcen der betroffenen Staaten, welche andernorts dringend gebraucht würden. Manche Regierungen in der Dritten Welt geben mehr für Verteidigung und Waffen aus als für Bildung und das Gesundheitswesen zusammen! Müssen wir wirklich Profit schlagen aus der falschen Prioritätensetzung solcher Regimes, indem wir ihnen Kriegsmaterial verkaufen?

Das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den weltweiten Investitionen in die Rüstung und den Bemühungen zur zivilen Verhütung von Konflikten ist ernüchternd. Die globalen Militärausgaben haben sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt, auf die Rekordsumme von 1'600 Milliarden Franken im Jahr 2007. Die öffentliche Entwicklungshilfe weltweit beträgt nur einen Bruchteil davon. Und das, obwohl es immer offensichtlicher wird,

dass die wirklichen Herausforderungen für die Sicherheit der Menschen vor allem wirtschaftlicher und ökologischer Natur sind. Das Parlament hat zwar vor kurzem die Kredite für die Entwicklungszusammenarbeit um 300 Millionen Franken – verteilt über vier Jahre – erhöht. Die Schweiz liegt damit immer noch meilenweit unter dem von der Uno angestrebten Anteil von 0,7 Prozent am Bruttoinlandprodukt. Aber was nützen diese Investitionen in die Entwicklung armer Länder, wenn das Erreichte nachher doch wieder durch unsere Waffenausfuhren zunichte gemacht wird?

Verantwortung der Schweiz

Im Jahr 2008 hat die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 722 Millionen Franken exportiert, weit mehr als im bisherigen Rekordjahr 1987. Die Schweiz leistet mit diesen Waffenexporten einen unrühmlichen Beitrag zur globalen Wiederaufrüstung. Setzen wir uns deshalb dafür ein, dass sich die Schweiz dieser fatalen Entwicklung widersetzt. Neutral sein bedeutet nicht, den Tragödien gleichgültig zuzuschauen, die man selber mitverantwortet. Denn schlussendlich sind wir dafür verantwortlich, was andere mit den Waffen verbrechen, welche wir ihnen in die Hände drücken.



Wer den Frieden sichern will,
kann nicht Waffen exportieren.
Darum ja zur Waffenexport-
Initiative.
Monika Bloch Süss,
Präsidentin CSP Schweiz

Nein zur Waffe! Kampagne gegen
häusliche Gewalt in Brasilien



KLEINWAFFEN, GESCHLECHT UND GEWALT

Take these toys away from the boys!

«Eines Nachts kam einer der Polizisten, richtete sein Gewehr auf mich und hiess mich, ihm zu folgen, zu anderen Männern... Der Kommandant richtete sein Gewehr auf mich und vergewaltigte mich», berichtet eine 14-Jährige von den Salomon-Inseln («The impact of guns on women's lives») Von Stella Jegher*, sjegher@amnesty.ch

«Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt». Waffengewalt zum Beispiel. Was dieses Sprichwort bedeutet, weiss jede dritte Frau auf der Welt aus eigener bitterer Erfahrung. Bedroht, genötigt, geschlagen, vergewaltigt, gefoltert, ermordet: Gewalt gegen Frauen hat viele Formen. Die Täter sind Ordnungshüter, Gefängniswärter, Soldaten im und ausserhalb vom Dienst, bewaffnete Truppen, kriminelle Banden, vor allem aber Ehemänner, Partner, Brüder und Väter. Oft geht es um Sex – und fast immer um die Demonstration von Macht. Konventionelle, kleine und leichte Waffen verursachen weltweit deutlich mehr Tote als moderne Grosswaffensysteme. Die meisten dieser Revolver, Karabiner, Maschinenpistolen und Gewehre befinden sich in Männerhand – ob schon die Zahl der Frauen in bewaffneten

Gruppen und Banden zunimmt, Mädchen immer öfter als Kindersoldatinnen rekrutiert werden und immer mehr Frauen angeben, sich mit Waffen sicherer zu fühlen. Auch seitens der Opfer bewaffneter Gewalt sind Männer weit in der Überzahl. Mit einer Ausnahme: der häuslichen Gewalt.

Waffen in Ehe und Partnerschaft

Studien in den USA haben gezeigt: Ist eine Waffe im Spiel, steigt die Gefahr, dass Gewalt in Familie, Ehe und Partnerschaft tödlich endet, um das Fünffache. In Südafrika und Frankreich wird jede dritte vom Partner oder Ehemann ermordete Frau mit einer Schusswaffe umgebracht, in den USA sogar zwei von dreien. In der Schweiz sind in den Jahren 2002-03 gemäss Medienberichten 72 Menschen im familiären Umfeld ermordet worden, mehr als die Hälfte von ihnen mit Schusswaffen. Die Opfer waren zum überwiegenden Teil Frauen, die TäterInnen mit zwei Ausnahmen Männer.

Solch frappierenden Tatsachen zum Trotz hält sich hartnäckig das Stereotyp, wonach die Waffe in der Hand dem Mann vor allem dazu dient, «Frau und Kinder zu verteidigen». Von

der Rekrutenprüfung über Actionfilme bis zu Medienberichten und Umfragen in der Bevölkerung lernen wir: Waffen machen männlich, sind ein Statussymbol, beweisen Macht. Im Krieg und danach, in der Gang, in den eigenen vier Wänden und immer häufiger schon in der Schule. Erst zaghaft wehren sich auch Männer gegen diese Kultur, zum Beispiel in der in Kanada lancierten und in verschiedensten Ländern aufgegriffenen «White Ribbon»-Kampagne.

Waffen unter Kontrolle!

Schärfere Waffengesetze verändern weder Geschlechter- noch andere Machtverhältnisse. Wohl aber deren oft tödliche Folgen: So fiel in Kanada seit der Verschärfung der Waffengesetzgebung im Jahr 1995 bis 2003 die Quote der mit Waffen verübten Tötungsdelikte insgesamt um 15 Prozent – diejenige der Tötungsdelikte an Frauen sogar um 40 Prozent. In Australien, wo die Waffengesetze 1996 verschärft wurden, sank die Zahl der mit Waffen ausgeübten Mordfälle in den darauffolgenden fünf Jahren insgesamt um 45 Prozent, in Bezug auf die weiblichen Opfer um 57 Prozent. Im Jahr 2006 konnte die drei Jahre zuvor von

Amnesty International, Oxfam und dem internationalen Aktionsnetzwerk gegen Kleinwaffen IANSA lancierte «Control Arms»-Kampagne einen wesentlichen Erfolg feiern: Die UNO-Generalversammlung sprach sich für die Ausarbeitung eines Internationalen Abkommens für die Kontrolle von Waffen aus («Arms Trade Treaty»). Die Schweiz ist in diesem Prozess durchaus aktiv engagiert und mindestens von unserer Aussenministerin hören wir oft das Argument, dass Frauen im Sinne der UNO-Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit besser vor geschlechtsspezifischer Waffengewalt geschützt werden müssen. Wie lange warten wir noch auf diese Einsicht in der Schweizer Aussenwirtschafts- und in der Innenpolitik?

* Stella Jegher ist Koordinatorin für Frauenrechte bei Amnesty International Schweiz

Weiterführende Informationen

- ? «Control Arms»-Kampagne:
www.controlarms.org
- ? The impact of Guns on Women's
Lives, Amnesty International, 2005.

INITIATIVTEXT

Das verlangt die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten

Der Wortlaut der Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten ist für Nicht-JuristInnen auf den ersten Blick nur teilweise verständlich. Hier wird erklärt, was genau die einzelnen Artikel verlangen. Von Andreas Cassee, ac@gsoa.ch

Art. 107 Abs. 3 (neu)

Er [der Bund] unterstützt und fördert internationale Bestrebungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Der erste Artikel macht deutlich: Unsere Initiative verfolgt keine isolationistischen Ziele, sondern will eine friedenspolitische Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erreichen. Damit erlangt das humanitäre Engagement der Schweiz neue Glaubwürdigkeit.

Art. 107a (neu) Ausfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern

1 Die Ausfuhr und die Durchfuhr folgender Güter sind verboten:

- Kriegsmaterial einschliesslich Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die zugehörige Munition;
- besondere militärische Güter;

Das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial und besondere militärische Güter ist das Kernstück der Initiative. Um Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden, stützen wir uns bewusst auf bestehende Rechtsbegriffe.

Der Begriff des Kriegsmaterials ist in der Schweizer Gesetzgebung relativ eng gefasst. Die «Munitions List», die im Rahmen des internationalen Rüstungskontrollabkommens von Wassenaar geführt wird, geht hingegen viel weiter: Sie umfasst sämtliche Güter, die ausschliesslich für militärische Zwecke konzipiert oder abgeändert wurden und in der gleichen Ausführung nicht auch zivil genutzt werden können. Um das Abkommen von Wassenaar in der Schweiz umsetzen zu können, wurde 1996 im Güterkontrollgesetz der Begriff der «besonderen militärischen Güter» eingeführt. Als besonderes militärisches Gut gilt alles, was in der «Munitions List» enthalten ist, in der Schweiz aber nicht unter das Kriegsmaterialgesetz fällt. Dazu gehören unter anderem militärische Simulatoren, vor allem aber die «Trainingsflugzeuge» der Pilatus-Werke in Stans. So genannte «Dual Use»-Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können, sind von der Initiative hingegen nicht betroffen – auch wenn die Rüstungslobby bisweilen das Gegenteil behauptet.

c. Immaterialgüter einschliesslich Technologien, die für die Entwicklung, die Herstellung oder den Gebrauch von Gütern nach den Buchstaben a und b von wesentlicher Bedeutung sind, sofern sie weder allgemein zugänglich sind noch der wissenschaftlichen Grundlagenforschung dienen.

Auch der Verkauf von Bauplänen und anderem Know-How im Zusammenhang mit Rüstungsgütern soll verboten werden. Damit wird auch die Umgehung des Ausfuhrverbots über ausländische Tochtergesellschaften verhindert.

2 Vom Aus- und vom Durchfuhrverbot ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Sport- und Jagdwaffen, die eindeutig als solche erkennbar und in gleicher Ausführung nicht auch Kampfaffen sind, sowie die zugehörige Munition.

Vereinzelt werden bei der humanitären Entminung noch Geräte auf Grundlage von Panzer-Chassis eingesetzt, die als besondere militärische Güter gelten. Die Initiative will die Schweizer Bemühungen zur Minenräumung nicht behindern, deshalb ist dafür eine Ausnahme vorgesehen. Auch Jagd- und Sportwaffen fallen nicht unter das Ausfuhrverbot, sofern sie eindeutig als solche erkennbar und nicht für Kampfhandlungen geeignet sind wie zum Beispiel Biathlon-Gewehre. Die Ausnahme gilt nicht für Sturmgewehre mit Seriefuersperre und ähnliche Waffen, die immer wieder in Konflikten zum Einsatz kommen.

3 Vom Ausfuhrverbot ausgenommen ist die Ausfuhr von Gütern nach Absatz 1 durch Behörden des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden, sofern diese Eigentümer der Güter bleiben, die Güter durch eigene Dienstleistende benutzt und anschliessend wieder eingeführt werden.

Die Auslandseinsätze der Schweizer Armee werden durch die Initiative nicht tangiert. Allerdings soll die Armee ausgeführtes Kriegsmaterial nach Ende des Einsatzes wieder zurück in die Schweiz bringen.

4 Die Vermittlung von und der Handel mit Gütern nach den Absätzen 1 und 2 sind verboten, sofern der Empfänger oder die Empfängerin den Sitz oder Wohnsitz im Ausland hat.

Auch Vermittlungsgeschäfte durch Schweizer Waf-fenhändler sollen verboten werden.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

Übergangsbestimmung zu Art. 107a

1 Der Bund unterstützt während zehn Jahren nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» durch Volk und Stände

Regionen und Beschäftigte, die von den Verboten nach Artikel 107a betroffen sind.

Auch wenn die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Kriegsmaterial-Exporte oft übertrieben wird, nehmen wir die Sorgen der Arbeitnehmenden ernst. Mit diesem Absatz wird der Bund aufgefordert, die betroffenen Regionen und Beschäftigten zu unterstützen bei der Umstellung auf Wirtschaftszweige, die dem Frieden statt dem Krieg dienen.

2 Nach Annahme der Artikel 107 Absatz 3 und 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Bewilligungen für Tätigkeiten nach Artikel 107a erteilt werden.

Der zweite Absatz der Übergangsbestimmungen verhindert, dass nach Annahme der Initiative weiterhin Ausfuhrbewilligungen für Kriegsmaterial erteilt werden, bis die Gesetze und Verordnungen angepasst sind.

GSoA: Die Anti-Rüstungslobby

Seit mehr als 25 Jahren steht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA konsequent gegen die militärische Logik ein, die den politischen Gegner zum Feind macht, und fordert stattdessen gewaltfreie Formen der Konfliktbewältigung. Wer gegen den Krieg ist, muss bereits dessen Vorbereitung verhindern. Deshalb wollen wir die Armee abschaffen.

Die GSoA versteht sich als Teil der weltweiten Bewegung gegen Krieg und Unterdrückung und für globale Gerechtigkeit. Sie ist solidarisch mit allen Kriegsdienstverweigerern, die in den Gefängnissen sitzen, weil sie ihrem Gewissen folgen.

Neben der Lancierung zweier Initiativen zur Abschaffung der Armee und der Organisation zahlreicher Demonstrationen gegen die Kriege im Irak, in Palästina und anderswo, engagiert sich die GSoA immer wieder gegen den Rüstungswahnsinn. Als im Februar 1992 der Ständerat der Beschaffung von 34 F/A-18-Kampfflugzeugen zustimmte, sammelte die GSoA innerhalb von 32 Tagen über eine halbe Million Unterschriften für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge.

Zurzeit sind drei Volksinitiativen der GSoA in der Sammelphase oder warten auf die Abstimmung: Die Initiative «gegen neue Kampfflugzeuge» werden wir bald fertig gesammelt haben, während wir die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» (Sturmgewehre ins Zeughaus!) diesen Februar einreichen konnten (siehe Berichte Seite 3). Die Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wurde im September 2007 eingereicht und könnte im November dieses Jahres zur Abstimmung kommen.



Unsere Initiative ermöglicht eine glaubwürdige Schweizer Friedenspolitik. Denn ein Land, das sich seiner Neutralität rühmt, gleichzeitig aber im Geschäft mit dem Tod mitmischelt, handelt schizophoren. Man kann doch nicht Frieden predigen und Krieg verkaufen!
Sandra Rüegger, GSoA Winterthur

Einige GSoA-Aktivistinnen und Aktivisten



Rückmeldetalon

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ, Wohnort

Tel./E-Mail

Die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten liegt mir am Herzen – haltet mich auf dem Laufenden!

Ich möchte mich für das Fitamin vom 20. und 21. Juni anmelden (siehe Seite 11).

Ich möchte in einem Regionalkomitee für die Initiative mitwirken.

Ich bin noch nicht Mitglied und möchte der GSoA beitreten.

Ich möchte in einer GSoA-Regionalgruppe (Aarau, Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Thurgau, Winterthur, Zürich) mitwirken.

Einsenden an:

GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, gsoa@gsoa.ch